



LIBANON Genossin im Interview	4
STADTENTWICKLUNG Hochhäuser im Kapitalismus	11
SOLAWI Revolution auf dem Feld?	12
ÖLKRISE 1973 Ende der Euphorie	13



RECHTSENTWICKLUNG

Das gesellschaftliche Projekt der Rechten

Ob mit Blick auf die Medien, auf die Wahlerfolge oder auf die rassistische Migrationspolitik: In Europa kommt es zu einem Rechtsrutsch. Mit Fokus auf Deutschland, Frankreich und Italien lässt sich andeuten, was die Charaktermerkmale dieser Entwicklung sind.

(az) Seit Giorgia Meloni 2022 zur Premierministerin von Italien gekürt wurde, gibt es eine Blaupause dafür, was die neue rechte Politik im Zentrum von Europa bedeutet und welche Transformation rechte Parteien auf dem Weg zur Macht durchmachen. Einmal an der Spitze angelangt, ist man in Tradition rechter Machtergreifung um eine Machtabsicherung bemüht. Melonis geplante Verfassungsreform ist das beste Beispiel hierfür. Diese zielt auf eine Direktwahl des/r Regierungschef_in und eine automatische parlamentarische Mehrheit in beiden Kammern für die Wahlsieger_innen. Der Vorschlag stellt ein Bruch mit der Verfassung von 1948 dar, die eine solche Machtkonzentration aufgrund der Erfahrung mit dem Faschismus im Rahmen der bürgerlichen Demokratie verhindern sollte. Gleichzeitig funktioniert Melonis Machtpolitik anders als die früheren faschistischen Umsturzpläne. Der rechte Umbau des Staates geschieht heute fast immer in langsamen Schritten. So gibt man sich auf dem Weg zur

Macht wie auch danach im Sinne der bürgerlichen Demokratie staatstragend: Es geht weg vom stumpfen Rassismus zu einem kulturellen Rassismus und Kulturkonservatismus. Die einstige propagandistische Nähe zu Russland weicht einem Bekenntnis zur NATO. Und selbst in der Gretchenfrage «Wie hältst du es mit der EU?» scheint eine gewisse Einheit einzukehren: Man hält sich die EU zwar propagandistisch auf Distanz und gerät wie Marine Le Pen auch in Rechtsstreitigkeiten mit ihr, doch ganz auf die EU verzichten will man spätestens nach den negativen Erfahrungen des Brexits und den positiven Erfahrungen des militarisierten Grenzschutzes auch nicht. Selbst die AfD hat am Parteitag im August mit Blick auf die Wahlen für das EU-Parlament ihren allzu strammen anti-EU-Kurs aufgegeben: Nun will man die EU neu gründen, statt sie einfach abzuschaffen.

Gibt es tatsächlich eine Rechtsentwicklung?

Die AfD, Melonis Fratelli d'Italia und Le Pens Rassemblement National stehen für die neue rechte Welle, wie sie die SVP längst vorlebt. Man ist tief verankert im rechten Sumpf und man tritt mit einer Anti-Establishment-Rhetorik auf. Gleichzeitig wirkt man staatstragenden und in dieser Haltung auch integrativ auf die eigenen Kräfte –

wobei die AfD als jüngste Partei in dieser Entwicklung hinterherhinkt und es offen bleibt, in welche Richtung sich die Partei letztlich bewegt. Diese Mischung scheint ein Erfolgsrezept. Doch lässt sich daraus wirklich ein umfassende europäische Rechtsentwicklung ableiten? Vier mögliche Dimensionen sorgen für eine erste Annäherung, wohl wissend, dass damit nicht alle Faktoren abgedeckt werden können, beispielsweise die Verbindungen zu den unterschiedlichen Kapitalfraktionen.

Rechte Wahlerfolge

Eine erste und einfache Dimension, mit der sich eine Rechtsentwicklung messen lässt, bilden Wahlerfolge. Rechte Parteien gewinnen nicht nur Monat für Monat bei Wahlumfragen Prozentpunkte hinzu, sondern in den letzten Jahren auch tatsächlich Wahlen, wobei im europäischen Ausmass der nächste qualitative Schritt nicht in regionalen Erfolgen der «Freien Wähler» und anderer rechtsextremer Kleinparteien liegt, sondern ob und wann die AfD und Le Pen nach Meloni ebenfalls mit Regierungsmacht ausgestattet werden. In beiden Fällen zeichnet sich nichts Gutes ab.

Fortsetzung auf Seite 7

Inhalt

- 3 Ukraine: Kampf um den Acker
- 4 Libanon: Geprägt von der Geschichte
- 5 Presto Bewegung bei Tochterfirmen der Post
- 6 Rechte Sumpfgebiete
- 8 Die radikale Rechte und die ökologische Krise
- 9 Videoüberwachung in Basel
 - 15. 11: Keine alleine – wir schlagen zurück!
- 10 Spartakus: «Der famoseste Kerl der Antike»
- 11 Schneller, Höher, Teurer
- 12 SoLaWL: Habt ihr Bio-Tomaten auf den Augen?
- 13 Die Ölpreiskrise von 1973
 - Das Sorgenkind des Kapitals: die Profitrate
- 14 Fabrikgesellschaft: über die Mechanismen der Befriedung
- 16 Comicroportage: No sleep till Shingal

POLITISCHE GEFANGENE

Drinnen & draussen – ein Kampf

Politische Gefangene bleiben immer Teil des Kampfes und nehmen dabei eine besondere Rolle ein. Sei es als Orientierungspunkt für die Bewegung oder auch als Druckmittel der Gegenseite. Dies zeigte sich in der Vergangenheit beispielsweise anhand der Gefangenen der RAF. Es wurde drinnen wie draussen um bessere Haftbedingungen gekämpft und zudem wurden auch immer wieder Gefangene befreit. Schlussendlich gipfelte der Kampf um die Gefangenen 1977 in der Ermordung durch den deutschen Staat.

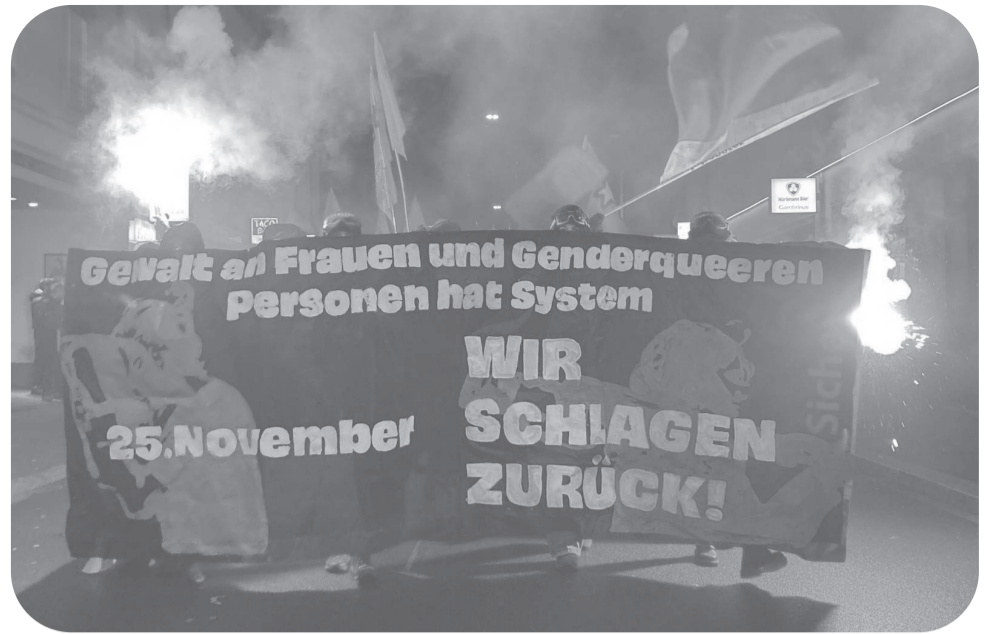
Nicht anders ist es im palästinensischen Befreiungskampf. So waren bereits vor dem 7. Oktober über 5000 politische Gefangene in israelischen Gefängnissen. Deren Haftbedingungen sind bereits seit Jahren menschenunwürdig und wurden bereits in den Monaten vor dem Angriff zusätzlich verschlechtert. Viele sind in Gefängnissen in der Wüste untergebracht, in der vollständige Isolation und weit entfernt von ihren Familien und Anwälten. Der vom israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu ausgerufenen Ausnahmezustand wurde auch dazu benutzt, weiter gegen die Gefangenen vorzugehen. So stürmten Armeeeinheiten die Gefängnisse und übernahmen bis auf weiteres die direkte Kontrolle. Der Strom wurde abgestellt und im Hochsicherheitstrakt wurde auch die Wasserversorgung unterbrochen. Jegliche Kommunikation zu den Anwälten, sowie Familien ist seither blockiert. Schon nur im Oktober wurden über 2000 neue Palästinenser_innen inhaftiert, darunter 145 Kinder. Auch auf Deutschland weitete sich der Kampf um die Gefangenen aus. So wurde im Eilverfahren die palästinensische Gefangenen Organisation «Samidoun» (die Standhaften) verboten.

Es scheint, dass die Befreiung der Gefangenen eines der Hauptziele für den Angriff auf Israel war. Bereits wurden erste palästinensische Frauen und Kinder, im Gegenzug zur Freilassung von israelischen Geiseln, aus der Haft entlassen. Der Kampf um und mit den politischen Gefangenen geht weiter.



Solidarität ist unsere Waffe

Rote Hilfe Schweiz ★ rotehilfesch.noblogs.org



Demo gegen Gewalt an Frauen in Zürich.

Editorial

(red) Die vorliegende Ausgabe des aufbau zeigt deutlich, wie sich die Welt entwickelt. Rechtsentwicklung in der Schweiz wie in Europa: Wahlsiege reaktionärer Regierungen in den Niederlanden, Argentinien. Eine rechts-extreme Regierung in Italien - Organisationsprozesse rechter Gruppierung im Nachgang der Covid-Pandemie in der Schweiz. Bis hin zur Jungen Tat, einer offen neonazistischen Organisation in der Schweiz, die bis in bürgerlich parlamentaristische Kreise Unterstützung findet. Europäische Regierungen, die jegliche Solidarität mit palästinensischem Widerstand kriminalisieren während in Gaza, angeführt von einer ultrarechten Regierung wahlloses Morden weitergeht. Auf diese internationalen Entwicklungen haben wir heute natürlich noch kaum Einfluss. Dennoch müssen wir versuchen, dort aktiv zu werden, wo wir heute schon handlungsfähig sind. Und das gelingt uns immer wieder - wenn auch oft erst im Ansatz. Das Konzept des offenen antifaschistischen Treffens, ursprünglich aus Deutschland, verbreitet sich wie ein antifaschistisches Lauffeuer in verschiedenen Städten der Deutschschweiz. Die antifaschistische Bewegung Basels hat sich auch diesen Oktober lautstark dem Aufmarsch rechtsextremer Elemente entgegengesetzt während in Zürich das antikapitalistische Stadttreffen die Stadtentwicklung im Namen des Profits immer wieder erfolgreich angreift. Im Januar findet in Zürich und Bern erneut das Winterquartier gegen das WEF statt, ein kleiner Moment des Widerstandes gegen die scheinbar übermächtige Gegenseite in Davos. Die Vorschläge des Widerstandes sind klein - doch geben sie Hoffnung. Noch ist was möglich, wir können etwas erreichen.

Für neue Leserinnen und Leser:

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf die Zerstörung des Planeten und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zielt der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

KRIEG

Ukraine: Kampf um den Acker

Militärisch herrscht gegenwärtig eine Pattsituation. Perspektivisch zielt der Kampf um die Ukraine auch auf die Kontrolle eines enormen landwirtschaftlichen Potentials von weltweiter Bedeutung.

(gpw) Die Fronten in der Ukraine bewegen sich seit Monaten wenig. Auf beiden Seiten sterben viele, ohne dass dadurch militärische Fortschritte zu verzeichnen wären. General Walerij Saluschnyj, Oberkommandierender der ukrainischen Streitkräfte, beschreibt die Situation Anfang November als einen Stellungskrieg und zieht Parallelen zum Ersten Weltkrieg. Das Interview soll bei Verbündeten aufrütteln. Angesichts der sich verschiebenden Prioritätensetzung der NATO-Staaten - Präsidentschaftswahlen in den USA, Krieg in Palästina und Israel - bei gleichzeitiger Erfolgslosigkeit der ukrainischen Frühjahrs-, dann Sommer- oder schliesslich Herbstoffensive, ist zunehmend unsicher, wie weit die Unterstützung der NATO letztlich reichen wird.

Die Einschätzung des Generals wirkt nur deshalb aufrüttelnd, weil sie resolut mit der bisherigen NATO-Propaganda bricht. Vielfach wurde die Maximalforderung einer totalen russischen Niederlage zur Minimalforderung erklärt, was angesichts aller Erfahrungen in den bald zehn Jahren dieses Kriegs immer unrealistisch schien. Nun wird die Linie angepasst. Jens Stoltenberg (NATO-Generalsekretär) verkündet Ende November: «am wichtigsten ist, dass die Ukraine sich als souveräne, unabhängige, demokratische Nation bewährt hat. Das ist eine bedeutende Errungenschaft - ein grosser Sieg.» Mit einem Wisch verändert sich so die Zielsetzung. Anfang Dezember doppelt er nach, man müsse sich auf «bad news» aus der Ukraine einstellen. Gleichzeitig verkündet der ukrainische Präsident Selensky entlang der Front den Ausbau der Verteidigungsanlagen, die «Offensive» ist vorbei. Innert Wochenfrist verschiebt sich das deklarierte Ziel der NATO viel näher an das stets vermutete Ziel: Den Krieg auf dem Buckel der Ukraine köcheln lassen, um so die Kräfte eines Hauptfeindes zu binden.

Die Kornkammer

Der Buckel der Ukraine ist das eine, jener der Welt das andere. Die Ukraine ist als Kornkammer nicht nur für Europa, sondern auch für Afrika oder Asien von hoher Bedeutung. Vor dem Krieg gehörte die Ukraine weltweit zu den Ländern mit der höchsten Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Entsprechend gross war ab Februar 2022 die Sorge um die Nahrungsmittelsicherheit, als auf einen Schlag 10 Prozent des globalen Mais- und Weizenexports, 20 Prozent des Raps- und Gerstenexports sowie mehr als 50 Prozent des weltweit exportierten Sonnenblumenöls und -mehls wegzubrechen drohte. Zusätzlich zur Lage auf den Feldern (da Arbeitskräfte an die Front beordert) kam das logistische Nadelöhr am Schwarzmeer. Denn mehr als 95% aller landwirtschaftlichen Exporte der



Blockierte LKWs bei der polnisch-ukrainischen Grenze.

Ukraine wurden über das Meer ausgeschifft, welches von der Krim aus durch Russland weitestgehend kontrollierbar ist.

Die EU suchte angesichts dieses Dilemmas nach Wegen, um den Export aus der Ukraine weiterhin zu ermöglichen. Schliesslich ist die dortige Landwirtschaft nicht nur für den Welthunger bedeutsam, sondern ebenso wichtig für die ukrainische Wirtschaft. Sie ist für bis zu 20% des ukrainischen Bruttoinlandsprodukts verantwortlich, weshalb ihr Überleben Voraussetzung für den Wiederaufbau nach dem Krieg ist. Deshalb schuf die EU neue Landwege, damit die ukrainische Landwirtschaft ihre Produkte mit LKWs nach Westen anstatt mit Frachtschiffen nach Süden exportieren konnte. Im Mai 2022 lancierte die EU «Solidarity Lanes», Spuren der Solidarität, entlang derer dereguliert wurde, damit die ukrainischen Produkte kostengünstig ihren Weg nach Westen finden konnten. Aus ukrainischer Sicht eine Erfolgsgeschichte: Das Volumen der Exporte in USD belief sich 2022 auf ungefähr gleich viel wie 2019 oder 2020, während der Anteil der ausgeführten Produkte in die EU von 30% auf 55% hochschnellte.

Des einen Freud, des anderen Leid

Der Erfolg der «Solidarity Lanes» bedroht umgekehrt die Landwirtschaft und die Logistikbranche jener Länder, durch welche die Spuren verlaufen, ohne aber dass die Unternehmen dieser Länder mit den der Ukraine zugestanden Wettbewerbsvorteilen mithalten könnten. Daher die zunehmenden Proteste aus Polen, Ungarn und der Slowakei im Herbst 2023, die sich gegen die Bevorzugung der ukrainischen Wirtschaft auf Kosten der jeweils

einheimischen Wirtschaft richteten. Was heute einem ausserordentlichen Konkurrenzkampf der Landwirtschaften entspringt, droht morgen überdies die Debatte um eine (allfällige) Integration der Ukraine in die EU zu überschatten. Rund ein Drittel des gesamten EU-Budgets wird via der «Common Agricultural Policy» (CAP) an Bauern und Bäuerinnen verteilt, wobei der Verteilungsschlüssel proportional zu den bearbeiteten Landflächen ist. Träte die Ukraine der EU bei (mit einer Ackerfläche so gross wie ein Drittel der Ackerfläche der EU heute), würde dies das Budget der CAP schlichtweg sprengen.

Dazu kommt die Struktur, die diesen (äusserst fruchtbaren) Boden bearbeitet. Nachdem der Boden nach dem Ende der Sowjetunion privatisiert wurde, wurde Ende der 90er-Jahre ein Moratorium auf den Verkauf des Bodens eingerichtet. Kapitalistische Exzesse bedrohten die Existenz jener kleiner und mittleren Bauern und Bäuerinnen, die noch heute etwas weniger als die Hälfte der gesamten Ackerfläche besitzen. Auf der anderen Seite besitzen grosse Landwirtschaftsunternehmen den Rest der Ackerfläche, so dass es eine enorm hohe private Konzentration der Produktion (inkl. ausländischer Investitionen) gibt. Das Moratorium auf den Landkauf wird schon heute kreativ umgangen, indem Pachtverträge zwischen Familien und Grosskonzernen abgeschlossen werden. Künftig ist klar, dass das Grosskapital (ob ukrainisch oder international) das Moratorium kippen will, um sich den Zugang zu diesem enormen landwirtschaftlichen Potential zu erkaufen. Auch solche Interessen werden in der und um die Ukraine verhandelt.

UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

Explosion bei türkischem Faschisten

Gestern Nacht (2.11.2023) haben wir die Eingangstür des Netto-Marktes in Schlieren, Zürich gesprengt. Der Laden gehört der Falken GmbH bzw Murat Şahin. Murat Şahin ist langjähriger Vorsteher der UID Schweiz, einem zentralen Organ der europäischen Arbeit der AKP. Immer wieder organisierte er in der Vergangenheit schweizer Auftritte hochrangiger Mitglieder des erdoganschen Palastes und im türkischen Konsulat in Zürich geht er ein und aus. Greifen wir die Faschisten an, wo wir sie finden!

In den vergangenen Wochen zielte die türkische Kriegspolitik des faschistischen AKP-MHP Regimes in Rojava explizit auf die zivile Infrastruktur. Bombardiert wurden - mit expliziter Einwilligung des US-Imperialismus - unter anderem Elektrizitätswerke und die Wasserversorgung. Was das Leben Aller sichert, wurde durch türkische Luftschläge zerstört. Vergessen wir nicht, dass dies vor dem Hintergrund einer langanhaltenden Blockade gegen Rojava geschieht, die schon lange zum Ziel hat, dem Volk (und damit der Basis des revolutionären Prozesses) die Luft abzuschneiden. Vergessen wir nicht, dass wöchentliche mörderische Drohnenschläge gegen Kader der Bewegung, aber auch gegen Journalist:innen oder Exponent:innen der dortigen politischen Strukturen, zum Kriegsalltag in Rojava gehören. Vergessen wir nicht, wie in den freien kur-

dischen Bergen des Nordiraks der türkische Staat (mit Unterstützung des korrupten Barzani-Regimes) mit barbarischen Mitteln wie Giftgas die Guerilla zu zerstören versucht, weil diese Herz und Hirn der Freiheitsbewegung ist.

Vergessen wir all dies nicht. Halten wir Schritt mit dem türkischen Krieg gegen Rojava und gegen die kurdische Freiheitsbewegung, indem wir in den unterschiedlichen Phasen des Kriegs unterschiedlich angreifen, nie aber innehalten, nie aber die Initiative aus den Händen geben. So, wie es beispielhaft die Genossen der HPG taten, als sie am Tag der Parlamentseröffnung in Ankara dem faschistischen Regime gnadenlos vor Augen führten, dass sie selbst in der Höhle des Löwen angreifbar sind. Mögen noch so viele Hindernisse vor uns liegen, sucht und findet der Kampf für die Freiheit doch seine Wege, um die Unterdrückter:innen in die Schranken zu weisen und so die Flammen der Hoffnung immer wieder auf ein Neues anzufachen. Flammen, die im übrigen auch andere bewaffnete Kräfte wie jene der HBDH in der Türkei hoch lodern lassen, wenn die Fabriken und Fuhrwerke der AKP-Politiker in Brand gesetzt werden.

Diese Linie, den faschistischen Kräften des AKP-MHP-Regimes als gegenwärtigem Hauptfeind der revolutionären Bewegung in der Türkei und Kurdistan kein ruhiges Hinterland zuzugestehen, sondern

sie zu hetzen, zu jagen und anzugreifen, so dass ein permanenter Blick über die Schulter zu ihrem Wegbegleiter wird, ist eine Linie, die wir nahtlos hier fortsetzen können. Wir wissen zu Genüge, wie wichtig die organisierte Unterstützung aus der türkischen Diaspora in Westeuropa für das Überleben des Regimes in Ankara ist, sei es in der Mobilisierung reaktionärer Massen oder in der finanziellen Unterstützung des Palastes. Gestehen wir ihnen kein ruhiges Hinterland zu, vergrössern wir ihre Unruhe, säen wir Unsicherheit in ihren Rängen. Und ehren wir damit kämpfend das Andenken jener vieler Mitstreiter:innen, die auf dem Weg zur Befreiung gefallen sind. Şehid namirin - Genosse Şervan Karadeniz, Genossin Arin Mirkan und all ihr anderen: die weltweite revolutionäre Bewegung wird euren Kampf aufnehmen und weiterführen!

#fight4rojava

Quelle: <https://barrikade.info/article/6193>

LIBANON

Geprägt von der Geschichte

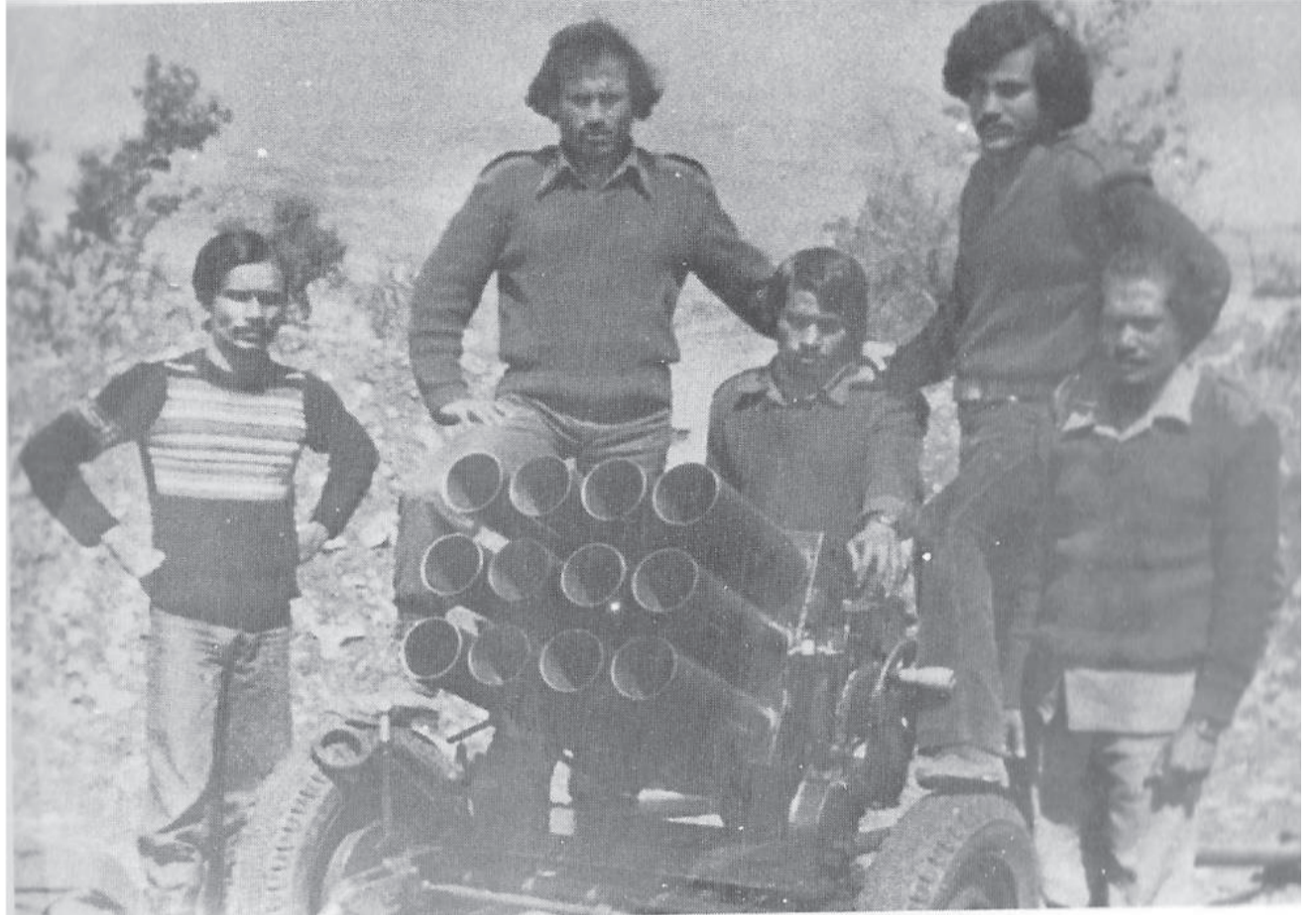
Soha Béchara ist Kommunistin und ist im Libanon aufgewachsen. Mit gerade mal 15 Jahren ist sie der kommunistischen Partei Libanons beigetreten. Eines der Hauptziele war es, Widerstand zu leisten gegen die Besatzung des Libanons durch Israel.

(agkkz) Im Jahre 1988 versucht Béchara Antoine Lahad (der damalige Befehlshaber der südlibanesischen Armee, die gemeinsam mit der israelischen Armee unter anderem gegen die PLO kämpfte) zu töten. Um den Anschlag zu verüben, bewarb sie sich als Aerobicinstructorin für Lahads Frau und freundete sich so mit dessen Familie an. Nachdem sie das Attentat verübt hatte, wurde sie umgehend verhaftet und musste 10 Jahre ins Gefängnis (Lahad kam mit dem Leben davon). Sechs Jahre verbrachte Béchara in einer Einzelzelle und wurde im Gefängnis gefoltert. 1998 wurde sie freigelassen und lebt nun seit längerer Zeit in der Schweiz.

Wie wurden Sie politisiert? Wie sind Sie politisch aktiv geworden?

In einem Land wie dem Libanon geboren zu werden heisst, geprägt zu sein von der Geschichte dieses Landes. Weiter prägte mich meine Familiengeschichte. Beides zusammen hat mich dazu gebracht, politisch aktiv zu werden.

Ich komme aus einer Familie, die der Mittelschicht angehört. Damals gab es die Mittelschicht noch und der Klassenkampf war der Bevölkerung ein Begriff. Mein Vater war Kommunist und Gewerkschafter. Ich wuchs in einem Land auf, das sich drei Jahre nach seiner Unabhängigkeit 1945 im Krieg befand. Libanesisches Staatsgebiet wurde von Israel besetzt. Ursache dafür war die Nakba (Katastrophe) in Palästina. Der Libanon wurde ungewollt zu einem Gastland für 450.000 Palästinenser. Dieser Rolle wurde der Libanon bis heute nicht gerecht. Ich bin im Libanon aufgewachsen, der mit einem kalten Krieg auf internationaler Ebene, mit Unabhängigkeitskämpfen, die sich in der arabischen Welt ausbreiteten, und mit einem Kolonialismus, der sich weiterhin in der Region ausbreitete, entstand. Derselbe Kolonialismus, der die Vereinten Nationen unter dem Dach des Völkerrechts hervorbrachte, stand hinter dem Libanon und seiner vom Konfessionalismus orchestrierten Verfassung.



Die PLO Jugendorganisation beim Training an der Waffe in Beirut anfang der 1980er Jahre

begann meine ersten politischen Aktionen in der Schule. Unsere Aktionen zielten darauf ab, uns für soziale Gerechtigkeit und Gleichheit einzusetzen, d. h. dafür zu sorgen, dass alle Menschen Zugang zu Bildung haben. Gleichzeitig wollten wir den kolonialen, faschistischen und imperialistischen Charakter der israelischen Besatzung aufzeigen. 1982, mit der zweiten israelischen Invasion, konnte Israel Beirut besetzen. Meine erste politische Aktion gegen diese Besatzung war der Boykott israelischer Produkte, die es seit 1978 in der besetzten Region gab.

eine Politik betrieben, die auf ethnische Säuberung abzielt. Für mich war die Situation im Libanon nicht die gleiche wie in Palästina. Im Libanon gab es eine bewaffnete Besetzung ohne eine von den Israelis inszenierte Siedlungs- und Umsiedlungspolitik. Ziviler Ungehorsam im Libanon machte angesichts der israelischen Militärmaschinerie im Libanon keinen Sinn.

Der militärischen Übermacht Israels setzten wir unsere Körper, unseren Willen und unsere bescheidenen Waffen entgegen. Ziel war es unsere Identität zu bewahren, unser Land zu befreien und nach Hause zurückzukehren.

Wie stehen Sie zu dem, was derzeit in Palästina (insbesondere in Gaza) geschieht? Was können wir hier in Europa tun, um unsere volle Unterstützung für das palästinensische Volk zu zeigen?

Der von Israel inszenierte Krieg in Palästina folgt einer politischen und militärischen Logik, die seit 1948 angewandt wird: ethnische Säuberung. Die grösste Veränderung ist die bedingungslose Unterstützung seitens der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, Frankreichs, Englands und Deutschlands. Die aktuelle Situation führt uns zurück zu allen Hauptakteuren, die zur Gründung Israels beigetragen haben. Sie führt uns zurück zu diesem kolonialen Projekt, das im Namen des Völkerrechts auf Kosten des palästinensischen Volkes entstanden ist. Der Kampf für die palästinensische Sache ist ein internationaler Kampf. Er stellt die Vereinten Nationen, den Sicherheitsrat und die NATO in Frage. Daher sollten wir dieses koloniale Projekt enthüllen, es in allen öffentlichen, privaten und politischen Szenen anprangern.

Sie sind im Libanon aufgewachsen und waren in einer kommunistischen Organisation aktiv - was ist Ihre Meinung zum Potenzial der Linken im Libanon?

Die Linke im Libanon und in der gesamten arabischen Welt definierte sich gegenüber der Rechten über eine sozial-ökonomische Vision, die im Wesentlichen auf der Schaffung säkularer, demokratischer und sozial gerechter Länder basierte, in denen der Reichtum geteilt wird. Zu diesen Bestrebungen kommt die Teilnahme und Unterstützung der internationalen Befreiungsbewegungen gegen Imperialismus und Faschismus hinzu.

Die libanesischen Linke unterstützt die palästinensische Sache, war aber nicht der Ansicht, dass der Kampf für die Bürgerrechte der Palästinenser im Libanon ein Pfeiler für den Aufbau des Libanon sein sollte. Als Kommunistin bin ich der Meinung, dass ich im Libanon zwei Kämpfe hatte: einen, um meine Identität zu bewahren, und einen, um den Libanon aufzubauen. Es war auf jeden Fall viel klarer für mich, gegen die israelische Besatzung zu kämpfen als für den Aufbau des Landes.



Kämpfer der Fatah im Südlibanon posieren mit mobiler Raketenbatterie

Der Libanon war von Anfang an Teil des regionalen und internationalen Konflikts mit einem Bürgerkrieg, der in Beirut entfacht wurde. Der Bürgerkrieg begann am 11. April 1975, je nach Standpunkt, mit dem Massaker im Beirut Bus (Schwarzer Sonntag) oder dem Vorfall in Ain el-Rammaneh. Der Bürgerkrieg spiegelte auf lokaler Ebene alle politischen Spaltungen wider, die auf regionaler und internationaler Ebene existierten. 1978, im Jahr der ersten israelischen Invasion im Südlibanon, wurde das Dorf meiner Vorfahren von der israelischen Armee besetzt. Ich wurde in Beirut geboren und wuchs dort auf. Als ich 12 Jahre alt war, war Beirut vom Bürgerkrieg verwüstet, der Süden von Israel besetzt und das Land zwischen rechts und links gespalten. Die Rechte war gegen die palästinensische Sache und die Linke unterstützte sie. Die Rechte war für die Beibehaltung einer konfessionellen Verfassung und die Linke für eine Verfassung auf säkularer Grundlage. In diesem Umfeld trat ich im Alter von 12 Jahren dem Demokratischen Jugendverband des Libanon (UJDL) bei. Ich

Wie stehen Sie zum bewaffneten Widerstand? Und wie ist die Perspektive des Widerstands?

Vor dem Hintergrund der Gründung der Libanesischen Nationalen Widerstandsfrente-JAMMOUL (am 16. September 1982), der israelischen Besatzung des Libanon, den israelischen Gefangenenlagern im Südlibanon und den Massakern, die von der israelischen Armee und ihren Kollaborateuren verübt wurden, habe ich mich entschieden, JAMMOUL beizutreten. Diese Entscheidung diente einem einzigen Zweck, nämlich nicht das Schicksal des palästinensischen Volkes teilen zu müssen. Der Widerstand durch zivilen Ungehorsam war eine Form, die in Palästina bereits zur Anwendung kam. Seit dem Aufstand der Steine - der Intifada (1987) - hatte und hat die israelische Besatzungsmacht alle Macht, um die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes zu garantieren. In der Tat hat Israel seine Macht nie in diesem Sinne eingesetzt. Im Gegenteil, es hat immer



Im Bild

«Streiken lohnt sich». Was allzu oft als Durchhalteparole herhalten muss, ist in Tat und Wahrheit nicht immer so eindeutig. 2002 stellte der Streik der Bauarbeitenden sowie die Blockade des Baregg-Tunnels zwischen Zürich und Baden jedoch den Grundstein dafür dar, dass dem FAR (flexibler Altersrücktritt) zum Durchbruch verholfen wurde. Seither dürfen Bauarbeitende verdientermassen ab 60 Jahren in Rente gehen. Es wird gesagt, dass die damals federführende Gewerkschaft GBI (Gewerkschaft für Bau und Industrie) noch einmal ein klassenkämpferisches Ausrufezeichen setzen wollte, um danach aus einer starken Position heraus die Fusion mit dem anpasslerischen SMUV einzugehen. Heraus kam bei dieser Fusion nur wenige Jahre später die neue Gewerkschaft Unia. Heute vergeht keine gewerkschaftliche Verhandlungsrunde mehr, ohne dass die Baumeister den FAR in Frage stellen würden. Nicht nur mögen sie den Bauarbeitenden den frühen Ruhestand nicht gönnen. Nein, es stört sie auch, was der FAR verkörpert: Dass sich streiken eben lohnt!

PRESTO

Bewegung bei Tochterfirmen der Post

In der Schweiz tut sich rund um den sogenannten «Gelben Riesen» aktuell vieles: Es geht um Übernahmen, um Massentlassungen und um Widerstand gegen einen schlechten GAV bei unterschiedlichen Tochterfirmen der Post. Genauer hinschauen lohnt sich – gerade bei der Firma Presto.

(agkk/az) Im ersten Moment kommt vielen Menschen zum Überbegriff von Logistik vielleicht die Post in den Sinn oder aber die Lagerlogistik, in der Paletten mit Gabelstaplern und grosse Container mit riesigen Kränen verschoben und für die weitere Verteilung vorbereitet werden. Logistik besteht aber aus den Teilbereichen Beschaffungs-, Produktions-, Distributions- und Entsorgungslogistik. Jeder dieser Bereiche knüpft an den anderen an, sodass eine lange Kette entsteht. Diese Kette geht von der Beschaffung von Rohstoffen bis hin zur Produktion von Waren und schlussendlich zum Versand dieser Waren. Jedes Unternehmen, welches Waren produziert, durchläuft diese Produktionskette. Insbesondere die Distributionslogistik ist in den Metropolen im Gegensatz zur Beschaffung und Produktion nicht einfach für Extraprofite in Länder mit billigeren Lohnkosten und schlechteren Arbeitsbedingungen auslagerbar. All das muss hier stattfinden: Die produzierten Waren müssen hier an die Konsument_innen geliefert werden. Andere Faktoren verändern sich: Etwa, dass die Digitalisierung dazu führt, dass weniger Briefe versendet werden oder dass Werbeprospekte im Briefkasten auch schon gefragter waren als heutzutage. Im Kapitalismus bedeutet das nichts Gutes: Die zuständigen Menschen verlieren dann normalerweise kurzerhand ihre Existenzgrundlage, ihre Struktur und ihr soziales Umfeld.

Arbeiter_innenmacht trotz allem

Nebst Unternehmen wie Versandhändler, Transportfirmen oder Paketdienstleister, welche sich fast ausschliesslich im Bereich der Distribution von Waren befinden, finden wir auch in Verwaltungen, bei Gesundheitsversorgern, an Hochschulen oder in Druckereien, bei Bauunternehmungen oder im Detailhandel überall Teilbereiche, welche für die Distribution, also für die Verteilung von Waren verantwortlich sind. Auffallend dabei ist, dass die Arbeitsbedingungen fast überall prekär und die Löhne tief sind. Der Anteil an Arbeiter_innen mit Migrationshintergrund ist in der Logistik auffallend hoch. Viele landen als Quereinsteiger_innen in dieser Branche, ohne dass dafür eine Ausbildung nötig wäre. Leider sind vielerorts nur wenige Arbeiter_innen gewerkschaftlich organisiert. Stattdessen versuchen sie meistens, die miesen Arbeitsbedingungen vereinzelt zu ertragen. Dabei sind sich viele Arbeiter_innen gar nicht bewusst, was für eine Macht sie besitzen, wenn sie sich organisieren und gemeinsam kämpfen. Gerade in der Logistik wäre die Streikmacht sehr hoch, weil den Logistikprozess überall viele neuralgische Punkte durchziehen, an welchen alle nachfolgenden Prozesse blockiert werden könnten. Wir müssen uns nur vorstellen, was für Auswirkungen es hätte, wenn ein grosses Paketsortierzentrum bestreikt werden würde oder wenn eine Druckerei nicht mehr ausliefern könnte. Alle nachfolgenden

Zustellprozesse wären direkt davon betroffen und bis auf weiteres ebenfalls stillgelegt.

Die Post will «restrukturieren»

Natürlich gehört zur Logistikbranche in der Schweiz trotz um sich greifender Konkurrenz immer noch sehr prominent der Postkonzern und damit die vielen weiteren Tochterfirmen und nachgelagerten Betriebe. Dabei ergibt sich eine Aufgabenteilung, die sich stetig im Wandel befindet. So beabsichtigt der «Gelbe Riese» mit den beiden Firmen Quickmail und Quickpack private Brief- und Kleinpaketzustellung einzugliedern, vorausgesetzt die Wettbewerbskommission stimmt dem Deal zu. Das ist ambivalent: Einerseits finden wir es als Kommunist_innen richtig, dass der «systemrelevante» Öffentliche Dienst nicht von zahllosen Privaten zu unterschiedlichsten Konditionen übernommen wird. Andererseits droht mit der Eingliederung in die Post ein Abbau an Arbeitsstellen. Ein Abbau mussten nämlich auch die fast 4'000 Werbesteller_innen bei der Direct Marketing Company (DMC) über sich ergehen lassen. DMC gehört der Post und begründete den Abbau mit Rückgang bei Werbesendungen und Gratiszeitungen. Widerstand gegen diese Pläne war nur spärlich vorhanden. Trotz dieser nicht gerade erfreulichen Hintergrundkulisse wird anderorts in der Branche gekämpft. Weil die Verhandlungen rund um einen neuen Gesamtarbeitsvertrag beim Zeitungszusteller Presto gescheitert sind, haben die Arbeiter_innen des Post-Tochterkonzerns Kampfmassnahmen beschlossen.

Presto-Arbeiter_innen kämpfen für einen besseren GAV!

Es ist nicht das erste Mal, dass die Arbeiter_innen von Presto sich nicht alles gefallen lassen. Bereits 2013 traten sie in den Arbeitskampf. Sie unterscheiden sich von anderen, als dass sie auf eine Kampfgeschichte und auf ein entsprechendes Selbstverständnis bauen können, welches anderorts fehlt. Das ist nicht selbstverständlich: Viele von ihnen arbeiten in Kleinpensen zu schlechten Löhnen, sehr oft tun sie dies in den frühen Morgenstunden, nicht wenige bevor sie noch eine andere Arbeit antreten. Rund 5'500 Menschen sind es schweizweit. Dabei geht es heuer darum, materielle Verbesserungen respektive Lohnerhöhungen im Gesamtarbeitsvertrag zu erkämpfen, während die Gegenseite den Status quo beibehalten will und einmal mehr mit der Krise der Printmedien argumentiert. Nicht nur der Postkonzern gehört hierbei zu den unangenehmen Gegenspieler_innen: Im Verwaltungsrat der Presto sitzen alle grossen Verlage der Schweiz. So ist die NZZ, Ringier oder TA-Media vertreten. Sie alle wünschen sich eine pünktliche Auslieferung ihrer bürgerlichen Pamphlete und würden kaum positiv über einen möglichen Kampf berichten.

Solidarität spielt eine Rolle

Wird in der Logistik und speziell bei Presto gekämpft, dann ist Solidarität meistens gewünscht und notwendig. Wenn eine Verbindung von Quartierbevölkerung, Arbeiter_innen und politischer Bewegung möglich wird, dann

können alle Beteiligten nur gewinnen. Die Presto-Arbeiter_innen geben unter schwierigen Bedingungen Orientierung, was in der Logistik auch anderorts möglich wäre. Denn eigentlich wissen es alle: Menschen mit Waren versorgen, das können wir auch ohne die Bosse, die uns hetzen und ausbeuten. Wer kämpft, kann gewinnen.



ÜBER DIE ARBEITSBEDINGUNGEN IN DER PAKETZUSTELLUNG

Weitere Infos über die Arbeit in der Paketzustellung finden sich in unserer 2021 herausgegebener Broschüre.



Link zur Broschüre



Antifaschistischer Widerstand gegen eine geplante Kundgebung von Massvoll in Basel, Oktober 2023

RECHTSENTWICKLUNG

Rechte Sumpfgebiete

Die Pandemie hat die politische Landschaft der Schweiz nachhaltig geprägt. Im Zuge der Proteste gegen die staatlich verhängten Massnahmen formierte sich in der Schweiz eine heterogene Bewegung. Diese orientiert sich zunehmend an einer rechtsextremen Agenda.

(agafzh) Wie wir bereits in einem früheren Artikel festgestellt haben, boten die staatlichen Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie dem Kleinbürgertum eine ideale Grundlage, um ihre Frustrationen auf die Strasse zu tragen. Der Lockdown oder die Maskenpflicht waren einerseits sehr konkret. Praktisch alle Menschen waren davon betroffen und eingeschränkt. Andererseits war die Bedrohung durch die Pandemie sehr abstrakt. Diese Gemengelage bot den Protesten den idealen Nährboden. Wissenschaftsfeindliche und verschwörungsideologische Narrative waren weit verbreitet. Mit dem Wegfallen der Massnahmen verlor diese Bewegung jedoch das sie einende Themenfeld. Es kam zu einer Neuorientierung. Mit «Graswurzel» und «Urig» entstanden bereits im Jahr 2021 Organisationsmodelle, die den Aufbau einer rechten Parallelgesellschaft propagierten und sich rasant verbreiteten. Zusammen besitzen sie mittlerweile über 140 Ortsgruppen und mehrere tausend Mitglieder. Ein wichtiges Instrument ist der Aufbau eines eigenen Bildungssystems mit eigenen Schulen. Daneben beschäftigen sie sich mit Themen wie Ökologie, Selbstversorgung oder Alternativmedizin. Starke Orientierung bieten dabei die völkisch-esoterische Siedlungsbewegung Anastasia oder auch die Reichsbürger_innenbewegung, bekannt aus Deutschland. Ein anderer Teil jedoch legt den Schwerpunkt weiter auf den aktiven Protest auf der Strasse.

Dort wurden mit dem Erschliessen neuer Themenfelder auch neue Einheiten gefunden. Anfänglich versuchte man klassisch linke Kampagnenfelder zu bearbeiten – jetzt einfach von rechts. Mit mässigem Erfolg. Der Kampf gegen die „Weltelite“ am WEF in Davos zum Beispiel, oder auch eigenständige Mobilisierungen zum Arbeiter_innenkampftag am 1. Mai. Seit einiger Zeit jedoch dominieren Thematiken wie Migration/Asyl oder Antifeminismus/LGBTQIA-Feindlichkeit das Geschehen. Im Windschatten dieser Entwicklung erstarkte auch die 2020 neugegründete Gruppierung Junge Tat (JT). Die Rechtsextremen waren von Anfang an bei den Demos der Massnahmegegner_innen mit dabei. Zu Beginn noch relativ zurückhaltend, traten sie von Mal zu Mal offener und offensiver mit ihrer Agenda auf. So haben sie einerseits in einer sich radikalierenden Bewegung ihren Platz und Akzeptanz gefunden, andererseits mit ihrer Präsenz wiederum zur schleichenden Radikalisierung dieser Bewegung und der oben beschriebenen thematischen Neuausrichtung beigetragen. Die Bilder, als die Junge Tat im Januar 2022 einen Demonstrationszug mit mehreren tausend Teilnehmer_innen durch Bern anführte, bleiben hängen.

Wolf ohne Schafspelz

Mittlerweile ist am rechten Rand also ein breites Spektrum an Strukturen mit teils mehr, teils weniger klaren Organisationsvorschlägen und Konzepten vorhanden.

Diese nähern sich auf verschiedenen Ebenen inhaltlich, ideologisch und auch organisatorisch immer mehr an. Von parlamentarischen Akteuren wie der SVP, Protestbewegungen wie Massvoll, Netzwerken und Organisationen wie Graswurzel oder Urig bis hin zur rechtsextremen Gruppe Junge Tat.

So demonstrieren Freiheitstrychler nicht mehr gegen einen als willkürlich empfundenen Staat, sondern gegen Asylzentren und den angeblichen „Gender-Wahn“ in unserer Gesellschaft. Auch die SVP räumt der Bewirtschaftung dieser Themenfelder zunehmend mehr Raum ein. Für die Nationalratswahlen ging sie in den Kantonen Solothurn und Luzern eine Listenverbindung mit Massvoll ein. Deren Spitzenkandidat, Nicolas Rimoldi, paktierte in Zürich für seinen erfolglosen Wahlkampf mit verschiedenen rassistischen und fundamentalistischen Kleinstparteien. Bei der Verkündung dieser Listenverbindung zeigte er sich mit Exponenten der Jungen Tat, medienwirksam begleitet von Daniel Stricker und seinem Kanal Stricker.TV. Auch sonst scheint Rimoldi, der sich zu Beginn der Pandemie noch als Verfassungsrechtler und Bürgerrechtsaktivist zu inszenieren versuchte, mittlerweile keine Berührungspunkte zu Rechtsextremist_innen mehr zu haben. An der Remigrationsdemo der Identitären Bewegung in Wien lief er am Fronttransparent mit. Auf dem Nachhauseweg besuchte er den Geburtsort Adolf Hitlers. In Chiasso erstellte er einen symbolischen Grenzzaun, um die Schweiz vor der angeblichen Invasion durch Migrant_innen zu schützen. Mit dabei waren Tobias Lingg und Manuel Corchia, die beiden Hauptexponenten der JT. Während Corchia bis kurz vor Redaktionsschluss dieser Zeitung noch Mitglied der Jungen SVP Thurgau war und für diese Wahlplakate gestaltete, unterstützte Lingg die mittlerweile abgetretene Präsidentin der Winterthurer SVP tatkräftig in ihrem Wahlkampf. Die rechtsextreme Frauengruppe Nemesis, wiederum verbündet mit der Jungen Tat und anderen Rechtsextremen im In- und Ausland, posierte gar mit SVP-Präsident Marco Chiesa im Bundeshaus.

Eine Folge dieser Entwicklung ist, dass Inhalte in einem ersten Schritt in diesen Milieus schneller gemeinsam aufgegriffen werden und darin zirkulieren. In einem zweiten Schritt breiten sie sich dann auch stärker aus. Rechtsextreme und verschwörungsideologische Erzählungen entstehen irgendwo und setzen sich durch, indem sie von parlamentarischen Akteuren wie der SVP – zwar vielleicht in abgeänderter Form – übernommen und dadurch salonfähig werden. Dies wiederum setzt Kräfte frei und animiert rechtsextreme und aktivistische Strukturen wie die JT, sich mit Aktionen dazu zu positionieren. Die Durchlässigkeit und Wechselwirkung zwischen den verschiedenen Segmenten des Spektrums scheint zugenommen zu haben. Gefährlich ist vor allem die Tatsache, dass eine Annäherung verschiedenster Akteure nicht mehr auf die inhaltliche Ebene beschränkt ist, sondern eben auch die gemeinsamen Momente auf der Strasse zunehmen.

Mediennetzwerke als Multiplikator

Zur Verbreitung der entsprechenden Inhalte ist die Bedeutung eigener Medienformate nicht zu unterschätzen. Diese wirken, zumindest auf den ersten Blick, sehr

seriös und erzielen zum Teil enorme Reichweiten. Sie funktionieren stark selbstreferentiell, bewirtschaften also ähnliche Themen, sind untereinander vernetzt und übernehmen gegenseitig Beiträge. Uncutnews.ch, von einem Winterthurer ins Leben gerufen, erreicht jeden Monat mehrere Millionen Klicks. Auf1.tv, ein aus Österreich stammender Fernsehsender, betreibt seit neuem auch ein Büro in der Schweiz. Täglich werden über Satellit, im Internet und auf den sozialen Medien mehrere Nachrichtensendungen mit rechtsextremen Inhalten ausgestrahlt. Es ist darin die Rede von einer globalen Elite, die den «grossen Austausch» befördern soll (The Great Reset), der «sexuellen Verunsicherung» der Kinder durch Drag-Queen Lesungen ausgesetzt sein sollen oder der «Klimalüge». Es könnten aus diesem Spektrum noch etliche weitere Formate aufgezählt werden. Dass die SVP als wählerstärkste Partei immer mal wieder gegen den sogenannten «links-liberalen Medien Mainstream» Stimmung macht, schadet diesen Formaten sicher nicht dabei, sich als Alternative darzustellen.

Kulturkampf von Rechts

Solche Prozesse der inhaltlichen Annäherung laufen wohl nicht in jedem Fall gleich bewusst und gesteuert ab. Viele dieser Strukturen agieren jedoch sehr überlegt und folgen einem Konzept. Am augenscheinlichsten ist dies bei der Jungen Tat. Sie orientiert sich an der internationalen Identitären Bewegung (IB) und importierte als erste Gruppe strategische Elemente des identitären Aktivismus erfolgreich in die Schweiz. Mit Aktionen, die provozieren und ästhetische Bilder generieren, wird der öffentliche Diskurs beeinflusst. Ganz nach Gramsci soll so eine Hegemonie von rechts hergestellt werden – gegen die Dekadenz der liberalen Gesellschaft. Die Deutungshoheit kultureller Prozesse soll zurückgewonnen und so ein rechtes Lebensgefühl befördert werden. Auf nationalsozialistisches Vokabular wird verzichtet. Anstelle von „Ausländer raus“ wird „Remigration“ gebrüllt, anstelle von Rasse wird von «kultureller Identität» gesprochen. Menschen sollen da leben, wo sie vermeintlich «ethnokulturell» hingehören. Die Einwanderungspolitik oder den Minderheitenschutz gilt es zu bekämpfen, genauso wie die «Verbotskultur». Damit einher geht auch eine äusserst platte Kritik an bestehenden Herrschaftsverhältnissen. Eine Kritik an einer globalen Elite, die für diese kulturellen Verfallsprozesse verantwortlich sein soll. In der im Zuge der Pandemie entstandene Bewegung, schon von Beginn weg offen für rechte Thematiken, stiessen diese Narrative auf einen fruchtbaren Boden. Intervenierte die Junge Tat zu Beginn noch mit Forderungen wie «Jugend gegen Impfpflicht», treten sie heute mit einer klar rechtsextremen Agenda auf. Die Grenzen des Sag- und Machbaren wurden – und werden wohl auch weiter – stets ausgelotet und verschoben.

Ähnlich verhält es sich mit Rimoldi und Massvoll. Von seinen angeblichen Bemühungen, sich für Grundrechte und direkte Demokratie einzusetzen, ist nichts mehr übriggeblieben. Mittlerweile wird scheinbar frischfröhlich und gemeinsam im braunen Sumpf gebadet.



Anti-AFD-Parole in Halle, Deutschland

Fortsetzung von Seite 1

Bei der AfD steigen nicht nur die Umfragewerte, sondern auch die Anzahl jener, die sich prinzipiell vorstellen könnten, die Partei zu wählen. Und auch bei Le Pen sieht es gemäss Umfragen gut mit einem möglichen Wahlsieg 2027 aus, zumindest im ersten Wahlgang. Gleichzeitig haben solche Umfragen die Tendenz einen undifferenzierten Alarmismus zu erwecken, indem sie eine Illusion der radikalen Veränderung erzeugen: Neun Jahre Berlusconi, sechzehn Jahre Merkel und mehr als zwanzig Jahre SVP als stärkste Partei der Schweiz deuten an, dass es in den europäischen Parlamenten nicht rasant schlimmer wird, sondern dass die politische Lage kontinuierlich besorgniserregend ist. Umso relevanter sind deshalb weitere Aspekte der Rechtsentwicklung, die in der öffentlichen Wahrnehmung meist zu kurz kommen.

Wo steht das Proletariat?

Eine zweite Dimension findet sich in der Frage nach der Klassenzusammensetzung rechter Wähler_innensegmente und den darin stattfindenden Verschiebungen. Dass ein Teil der Arbeiter_innenklasse seit jeher auch Parteien wählt, die offen damit prahlen, dass sie nach unten treten, ist keine neue Erkenntnis. Die wiederkehrende These, dass das Proletariat in den letzten Jahren kollektiv in die Arme der rechten Parteien wanderte, ist allerdings falsch. Die AfD beispielsweise kann zwar auch bei aktiven Gewerkschaftsmitgliedern punkten und sie ist unter einem Teil der Arbeiter_innen überdurchschnittlich stark, doch die eigene Basis setzt sich zu gleichen Teilen auch aus Angestellten, Beamten und Selbstständigen zusammen. Stärker ist sie zudem bei Männern, in ländlichen Gebieten und im Osten bei jenen, die mit tieferem Einkommen einer Arbeit in der Industrie nachgehen.

Ähnlich sieht es gemäss neueren Studien in Frankreich aus: Hier entstanden in den vergangenen Jahren immer wieder viel rezipierte Büchern darüber, dass die Linke den Bezug zur Arbeiter_innenklasse verloren habe. Doch das stimmt selbst unter dem Gesichtspunkten von Wahlpräferenzen nur bedingt. Starke rechte Wähler_innensegmente finden sich beim ländlichen Kleinbürgertum und Industrieproletariat mit eigenem Hausbesitz – letzteres ist ein nicht zu unterschätzender Faktor: Die AfD beispielsweise umgarnt seit Jahren das Immobilienkapital. Anders sieht es in Frankreich bei der urbanen Arbeiter_innenklasse aus, die beispielsweise in der Pflege, in Supermärkten oder in der Betreuung arbeitet. Diese denkt und wählt, je nach Pass und Teilnahmeinteresse, in der Tendenz weiterhin links. Das heisst nicht, dass alle Industriearbeiter_innen auf dem Land rechte Tendenzen haben und es umgekehrt in den Städten automatisch besser aussieht. Und das heisst auch nicht, dass wir Klassenanalysen nur aus Wahlpräferenzen ableiten sollten. Doch dieser Beobachtung enthalten ist eine These, die wir auch aus der Schweiz kennen und die durchaus interessant für eine revolutionäre Politik ist: Es gibt innerhalb von Teilen des Proletariats eine Bindung an rechte Parteien, die unter anderem bei jenen Arbeiter_innen mit Abstiegsängsten und einem Teil der Industriearbeiter_innen verfangt und die im grösseren Blick der vergangenen Jahre als Rechtsentwicklung benannt werden kann. Gleichzeitig ist jenes proletarische Milieu, das sich, etwas oberflächlich formuliert, im breiten Bereich der Sorgearbeit bewegt und in dem es auch für uns – als selbst darin arbeitende wie auch als solidarische Kommunist_innen – immer wieder Anknüpfungspunkte gibt, offen für klassenpolitische Anliegen. Darüber ergibt sich ein Politikfeld, das dort, wo man Klassensolidarität neu aufbauen kann, wiederum eine Tür zu jenen öffnet, die zwischenzeitlich an rechte Positionen verloren wurden.

Rechtes Alltagsbewusstsein

Eine dritte Dimension findet sich im Alltagsbewusstsein der Menschen. Gibt es auch hier eine Entwicklung nach rechts oder aber wählen Menschen eher aus Protest rechte Parteien, ohne selbst die Positionen der rechten Parteien zu teilen? Diese Frage ist schwierig zu beantworten, doch sie wird zumindest in der Wissenschaft immer wieder diskutiert – wir würden als Marxist_innen in vielen Fällen andere Kategorien und Forschungsmodelle wählen, interessant sind die Ergebnisse einiger Studien als erste Ansätze

dennoch. Die «Mitte-Studie 2022/23» beispielsweise deutet als Befragung zu Deutschland an, dass die Zustimmung zu fremdenfeindlichen, sozialdarwinistischen und antisemitischen Aussagen insbesondere seit 2020 signifikant zunahm. Diese Dimension der Rechtsentwicklung ist insofern besorgniserregend, als dass sich darüber nicht Wahlerfolge erzielen lassen, sondern vielmehr jenes Milieu am rechten Rand vergrössert, in dem faschistische Kräfte Nachwuchs finden. Mitursache dieser Dimension der Rechtsentwicklung ist nicht nur die durch die rechten Parteien ausgelöste Diskursverschiebung, sondern auch die erfolgreichen lokalen Mobilisierungen, die oft von einem diffusen Gemisch von organisierten Rechtsradikalen, besorgten rechten Bürger_innen und Mitläufer_innen getragen werden. Gerade in Ostdeutschland, aber auch in Teilen von Frankreich, konnte dieses Gemisch in den letzten Monaten immer wieder erfolgreich gegen Asylzentren oder vermeintliche Übergriffe durch Migrant_innen mobilisieren und sich dadurch politisch reproduzieren, ohne in den ländlichen Gebieten gross auf organisierte Gegenstimmen zu treffen.

Rechtsentwicklung abseits der rechten Parteien

Die vierte Dimension findet sich schliesslich in der allgemeinen politischen Verschiebung nach rechts. Viele Forderungen, die in den letzten Jahren durch Rechtsparteien eingebracht wurden, etwa vermehrt Abschiebungen, militärische Sicherung der europäischen Aussengrenzen, Militarisierung der Polizei oder Kürzung der Sozialabgaben, findet heute bei ganz vielen Parteien Anklang. Auch hier bietet sich der Blick nach Deutschland an, wo sich bei fast jeder Partei eine Diskursverschiebung nach rechts beobachten lässt. Die Wagenknecht Abspaltung grenzt nicht nur im Kulturkampf mit nationalistischen Parolen, der Vizechef der FDP, Wolfgang Kubicki, dachte jüngst laut über einen maximalen Ausländeranteil in Stadtteilen nach, die Grünen forderten mehr Tempo in Abschiebungen und SPD-Bundesinnenministerin Faeser lieferte den passenden Gesetzentwurf dazu. Die rechten Parteien und Meinungsmacher_innen geben den Takt vor, und alle anderen überbieten sich mit noch schlimmeren Gegen- und Umsetzungsvorschlägen.

Die Rechte als hegemoniale Kraft

Seit der pseudointellektuelle Flügel der neuen Rechten (einmal mehr) zu Gramsci gefunden hat, träumt man wieder von einer neuen Arbeitsteilung: Rechte Parteien sollen ins Parlament, rechte Kultur sorgt für eine neue kulturelle Hegemonie und währenddessen betreiben aktivistische Kleingruppen auf der Strasse ein «Agenda Setting». Die Rechte wird zur sozialen Bewegung, die in verschiedenste Lebensbereiche eintaucht. In ihrer masslosen Selbstüberschätzung verkennen die durch die Identitären geschulten Rechten, dass sie selbst als marginale Kraft keine wesentliche Rolle im Kampf um die rechte Hegemonie spielen. Doch durchaus korrekt beschreiben sie die erfolgreiche Verbindung der verschiedenen Dimensionen der Rechtsentwicklung: In den letzten Jahren fand eine politische Formierung einer rechten Bewegung statt, die zu einem gesellschaftlichen Projekt geworden ist. In diesem gibt es zwar mit den führenden Rechtsparteien tragende Pfeiler, doch daneben gibt es auch zahlreiche unabhängige Initiativen, Medienpartner und lokale Bewegungen, die in eine ähnliche gesellschaftspolitische Richtung drängen, selbst wenn es mitunter zu Streitigkeiten und Spaltungen innerhalb dieser breiten Bewegung kommt.

Das gesellschaftliche Projekt der Rechten führt zu zwei grösseren Problemen: Erstens gibt es von linker Seite dertart viele potenzielle Angriffs- und Kritikpunkte daran, dass man den Fokus und dadurch auch seine Handlungsfähigkeit verlieren kann. Zweitens ist dieses Projekt nicht nur erfolgreich, wenn es um konkrete Verschärfungen geht, beispielsweise im Migrationsbereich, sondern auch wenn es um eine neue Akzeptanz für die Rechte im Staatsapparat geht. Dies zeigt sich beispielhaft in einzelnen Regionen von Deutschland und Frankreich, in denen die Rechte tatsächlich hegemonialen Charakter annimmt und von Kommunalpolitik über den Polizeiapparat bis hin zu den lokalen Kulturinstitutionen umfassend den Alltag prägt. Hier wird es mit der absehbaren Zunahme der Kriseneffekte nicht nur äusserst ungemütlich, hier wird es auch ungleich schwieriger, mit dieser Hegemonie wieder zu brechen.

KOMMENTAR

Was hilft gegen die Rechtsentwicklung? Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens

(az) Im Wahljahr werden in der Schweiz regelmässig die grössten Sorgen der Bevölkerung erhoben. Darin zeigt sich ein ambivalentes Bild: Auf der einen Seite ist die Schweiz geistig gefangen im dümmlichen rechten Kulturkampf, wie er von der SVP aber auch von Kräften wie Massvoll in diesem Jahr besonders bespielt wurde. «Klimakleber», «Migration» und «Gender-Debatte» befinden sich bei der Frage nach den grössten Unmut auslösenden Themen beispielsweise ganz weit oben. Auf der anderen Seite sind es aber auch klassische Sorgen, die die Bevölkerung plagen: «Wohnungspreise», «Klimawandel» oder «Krankenkassenprämien» gehören ebenfalls zu den oft genannten Sorgen. Das sind Themen, die die Klasse aktiv betreffen und auf die wir als Kommunist_innen bessere Antworten als die Rechten haben. Und es sind Themen, in denen die wirtschaftsliberalen Strategien der Rechtsparteien entblösst werden können: Wer in allen Lebensbereichen mehr Marktfreiheit will, muss sich auch nicht wundern, wenn es mit der Welt bachab geht.

Wir wollen nicht idealistisch sein. Auch die aktuelle Lage in Europa bietet ausreichend Indizien für eine pessimistische Weltsicht. Und nur weil wir einmal mehr auf die korrekte Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus als Grundlage kommunistischer Politik verweisen, die belegt, wie falsch rechte Parteien liegen, stoppen wir nicht einfach die umfassende Rechtsentwicklung. Gleichzeitig gilt es nüchtern zu analysieren und dort den Optimismus auszupacken, wo wir in unseren Initiativen tatsächlich auf neue Verbündete und eine Praxis treffen, die Gegensteuer gibt. Hierbei sollten wir uns als gesellschaftlicher Faktor nicht unbedeutender machen, als wir es tatsächlich sind. Die revolutionäre Linke war beispielsweise tragende Kraft, wenn es in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten darum ging, dass rechte und faschistische Kräfte die Strasse in den Städten nicht als ihr Terrain nutzen können. Zudem sind wir, wie viele andere revolutionäre Kräfte auch, Teil jener Bewegungen, die neue Perspektiven in pessimistischen Zeiten einbringen und dabei auch Pfeiler gegen die kommende Rechtsentwicklung bilden. Dazu gehören beispielsweise die Klimabewegung, die Demos und Aktionen gegen die Wohnungsnot oder auch die feministische Bewegung. Insbesondere Letztere zeigt nicht nur, wie man mit linker Politik auch Teile der proletarischen Klasse erreicht, sondern auch, wie wir, als revolutionäre Linke, mit unseren Ideen, unserer Praxis und unserer Kultur prägender Teil einer Bewegung sind, die ohne uns nie dieselbe Durchschlags- und Anziehungskraft erreichen würde. In solchen Gegenprojekten zur rechten Hegemoniebestrebung geht es nicht darum, wer am Ende besser zu mobilisieren weiss und darüber Punktziele einfährt. Und es geht auch nicht um die falsche Hoffnung, dass bessere Wahlergebnisse angenehmere Bedingungen hervorrufen. Wichtiger ist, dass immer wieder erfolgreiche Anknüpfungspunkte der Gegenmacht entstehen, die zeigen, wie unsere Seite eine revolutionäre Perspektive zu bieten hat, die auf Solidarität statt Ausgrenzung und Abwertung zielt. Das geschieht im Kleinen, etwa wenn wir Faschist_innen aktiv die Stirn bieten und so zum linken Selbstschutz beitragen, oder auch im Grossen, beispielsweise wenn wir mit Blick auf die gemeinsamen Klassenerfahrungen in die Offensive gehen. Hier sind wir selbst in pessimistischen Zeiten fähig, Erfolge zu erzielen, die zu einem neuen Optimismus des Willens verleiten.

ANTIFA

Die radikale Rechte und die ökologische Krise

Wo vor kurzem noch Coronamassnahmen für Empörung sorgten, stehen heute Feminismus, Asylunterkünfte und Klimapolitik im Fokus rechter Demonstrationen. Dieser letzte Aspekt könnte je nach Krisenszenario in Zukunft deutlich an Relevanz gewinnen.

(agafz) Die ökonomische Krise ist über Reallohnsenkungen, Abstiegsgänge und Wohnungsnot längst zum Dauerthema geworden, und angesichts der überall losbrechenden Kriege wagt kaum noch jemand von einer unbesorgten Zukunft zu träumen. Nationalismus und Rassismus sind auf dem Vormarsch, und die autoritäre Beschneidung bürgerlich-demokratischer Grundrechte gilt gegenwärtig als pragmatische Staatsführung. Aber, so die bürgerliche Presse, es gehe uns gut. Vor allem dürfe man, warnt sie uns, keine überstürzten Schlüsse ziehen. Vergleiche mit der Zwischenkriegszeit und Aussagen über einen möglichen Neuaufstieg des Faschismus seien unzulässig. Sowieso weiss die NZZ, was es braucht: Weniger «Ideologie bei Klimapolitik und Migration» und eine aggressivere Aussenpolitik im Kielwasser der NATO. Und alles komme gut.

Sarkasmus beiseite, gibt es auch reale Gründe, warum bei diesem Vergleich Vorsicht angesagt ist. Auch kompetente Historiker_innen erwähnen trotz aller Analogien einen wesentlichen Unterschied zum historischen Kontext, der den Faschismus hervorgebracht hat: Die Abwesenheit einer tiefen sozialen Krise, die in der Dimension mit derjenigen nach dem Ersten Weltkrieg vergleichbar wäre. Aber wie lange stimmt das noch?

Denn zu den erwähnten Krisenphänomenen gesellt sich mit zunehmender Gewalt eine weitere Bedrohung: Die Zerstörung einer überlebenstauglichen Umwelt. Als einer der ersten warf der Historiker Geoff Eley vor über zehn Jahren die Frage auf, inwiefern die ökologische Krise¹ das Potenzial habe, die Bedingungen zu schaffen, in denen sich ein neuer Faschismus kristallisieren könnte. In seiner Arbeit bezieht sich Eley insbesondere auf Nicos Poulantzas und sein Verständnis des Faschismus als Produkt einer doppelten Krise der bürgerlichen Demokratie – Krise der Repräsentation, Krise der Zustimmung. Einer Situation in welcher der Staat die Fähigkeit verliert, den sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten, wie auch die Bedingungen des normalen kapitalistischen Wirtschaftens aufrecht zu erhalten.

Das Zetkin Kollektiv, ein internationaler Zusammenschluss von Wissenschaftler_innen, hat diese Frage von Eley aufgenommen und damit begonnen, Antworten auszuarbeiten. In ihrem Buch «White Skin, Black Fuel. On the danger of fossil fascism» präsentieren sie eine ausführliche Analyse über den Aufstieg eines politischen Ansatzes in der Rechten, der die wissenschaftlichen Befunde zur ökologischen Krise relativiert oder verleugnet und dieses Narrativ in einen nationalistischen und rassistischen Diskurs einbettet. Das Buch versteht sich nicht als abgeschlossene Theoretisierung des Phänomens. Es will Anregung sein, sich aus marxistischer Sicht systematischere Gedanken über eine Gefahr zu machen, deren Ernsthaftigkeit es aus verschiedenen Blickwinkeln untermauert.

Neue Ansätze

Ausgangspunkt für die Arbeit des Zetkin Kollektivs ist die Beobachtung, dass rabiate «anti-grüne» Positionen in der radikalen Rechten immer häufiger zu finden sind. Tatsächlich haben diese Kräfte ein eigenes ideologisches Angebot entwickelt, mit dem sie je nach Kontext ziemlich offensiv Politik machen. Wenn auch insgesamt diffus, sind darin doch einzelne verschwörungsideologische Argumente gegen Wissenschaft und Politik ziemlich prägend. Zum Beispiel die Erzählung, wonach der Klimawandel von der Linken nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als neues Mittel zur Schwächung des Kapitalismus erfunden worden sei. Dazu würde sie das Klima zunehmend als Grund vorschieben, um mehr Geflüchtete aufzunehmen. Damit lenke also die Linke nicht nur vom eigentlichen Problem ab – dem Untergang des Abendlandes durch die islamistische Migrationsoffensive – sondern verbünde sich gar mit dem Feind.

Prominente Vertreter solchen Geschwurbels sind Trump und Bolsonaro, deren Regierungspolitik sich nicht zuletzt durch eine besonders entschlossene Begünstigung der Fossil- und Agroindustrie auszeichnete. Aber auch fast alle parlamentarischen Rechtsausenparteien haben sich gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge ausgesprochen, und viele versuchen aus umweltbezogenen Themen politisches Kapital zu schlagen. So fuhren etwa die Schwedendemokraten 2018 über dieses Thema bedeutende Wahlerfolge ein. In Deutschland erhob Alexander Gauland 2019 das Klima – sprich Anti-Klimapolitik – zu einem Hauptthema der AfD. Der frisch gewählte Argenti-



«Keine Heizung ist illegal»: Die zynische Provokation der AfD im niedersächsischen Landtag

nier Javier Milei bezeichnet den Klimawandel als «sozialistischen Schwindel» und will darum das Umwelt- und Wissenschaftsministerium abschaffen. Und auch die SVP lässt sich darin einreihen, wenn Roger Köppel vom Klimawandel als «grösstem menschengemachtem Skandal» spricht.

Mit dem Thema scheint die Rechte eine soziale Basis gefunden zu haben, die punktuell sogar einen wahren Massencharakter entwickeln konnte. Gute Beispiele dazu bieten die grossen Demonstrationen in Deutschland im Juni 2023 gegen das sogenannte Heizungsgesetz, sowie die breite Bauernbewegung in Holland 2019 gegen Regierungsmassnahmen zur Bewältigung der Stickstoffkrise der Landwirtschaft. Beide Momente waren nicht einfach sektorielle Reaktionen in Bedrängnis geratener Wirtschaftszweige, sondern wurden zu Bewegungen, die einen verallgemeinerten ideologischen Gehalt hatten. Über die konkreten Forderungen hinaus ging es darum, gegen den «Klima-Salafismus» oder den «linksgrünen Gender-Gaga und die Heizungsideologie» zu demonstrieren. Solche Momente sind vielleicht weniger als vergängliche Ereignisse zu verstehen, sondern als ein kleiner Vorgeschmack einer schwierigen Zukunft.

Weisser Nationalismus und fossile Industrie

Das Phänomen der rechtsradikalen «anti-grünen» Politik tritt derzeit so systematisch auf, dass sich die Frage stellt, ob eine tiefere Verbindung zwischen weissem Nationalismus und fossiler Industrie existiert. Dieser Frage sind in «White Skin, Black Fuel» längere Kapitel gewidmet. Auch wenn die Autor_innen darin noch keine abschliessende Theorie präsentieren können, geben sie interessante Anstösse. So beleuchten sie die Geschichte des «Technorassismus» als bewusste Rassifizierung der technologischen Überlegenheit westlicher Kolonialmächte gegenüber unterdrückten Völkern. In besonders prägnanter Form erscheint dieser in der Selbstdarstellung des Überfalls auf Äthiopien durch das faschistische Italien, aber Echos davon prägen noch heute das westliche kollektive Selbstbild.

Natürlich findet auch das Auto seinen Platz in dieser Gedankenwelt. Als aktuellen Ausdruck davon könnte man die SUV-freundlichen AfD Demos erwähnen, die 2021 mit Parolen wie «Kein Diesel ist illegal» auf die Strasse mobilisierten. Eine längere Geschichte hat das Thema in den USA, zum Beispiel mit den sogenannten «race-riots» in Detroit in den 1940ern. Damals zwang die kriegsbedingte Rationierung des Individualverkehrs weisse Menschen zur Nutzung des öffentlichen Verkehrs. Rassistische Lynchmobs haben mit Gewalt auf die plötzliche Nähe der afroamerikanischen Menschen reagiert. Das Auto ist seither zentraler Bestandteil einer weissen Identität geblieben. Ein Beispiel dafür ist in Atlanta zu finden, wo sich die weissen «suburbs» mehrmals per Referendum gegen einen Anschluss an das Metronetzwerkes (MARTA) wehrten, zu-

letzt 2019. Das erklärte Ziel war, dass ihre Quartiere für die tendenziell ärmere afroamerikanische Bevölkerung ohne Auto unerreichbar blieben. Ein rassistisches Sprichwort machte die Metro zu «Moving Africans Rapidly Through Atlanta».

Hin zum «fossilen Faschismus»?

Die ökologische Krise wird sich nicht so schnell entschärfen. Zumindest nicht so lange wir in kapitalistischen Verhältnissen leben. Geopolitische Spannung bis hin zu Kriegen könnten sich in Zukunft um den Zugriff auf knapper werdende Ressourcen entfalten. Die damit einhergehende nationalistische Stimmungsmache ist vorgezeichnet. Dazu kommen noch klimabedingte Migrationsströme, die um Grössenordnungen stärker werden als das, was wir heute erleben. Was diese wiederum an rassistische Mobilisierung auslösen könnten, kann man sich leider nur zu gut vorstellen. Unter diesen Bedingungen könnten die beschriebenen Phänomene deutlich Auftrieb erleben. Wenn sich Ohnmacht und Gefühle des Kontrollverlust über das eigene Leben breit machen, öffnet das Türen für Verschwörungsideologien. Die überfordernde Komplexität der Welt wird auf ein einfaches Muster heruntergebrochen, welches alles erklärt. Wir haben während der Pandemie gesehen, wie sich viele Leute von wissenschaftsfeindlichen und verschwörungsideologischen Diskursen begeistern und nach rechts politisieren liessen. Die ökologische Krise könnte Ähnliches in einem grösseren Massstab hervorbringen.

Wir wollen nicht behaupten, dass der Faschismus vor der Türe steht. Wenn wir aber von möglichen Perspektiven reden, sind Szenarien einer Radikalisierung nach rechts nicht ausgeschlossen. Also einer Verschärfung des nationalistischen und rassistischen Klimas in der Gesellschaft, auf deren Grundlage sich organisierte faschistische Ansätze aufbauen könnten. Ob eine solche Bewegung sich auch als faschistische Staatsform realisieren kann, hängt allerdings noch von der Reife der objektiven Situation ab. Sprich von der Frage, ob eine «doppelte Krise» vorhanden ist, wie einleitend erwähnt. Eine Einschätzung auf dieser Ebene bleibt an dieser Stelle aus. Jedoch scheint es auf der besprochenen Grundlage sehr wahrscheinlich, dass Antifaschismus zunehmend zu einer notwendigen Komponente des Kampfes um die Natur werden könnte.

¹ Zur Einfachheit wird hier von «ökologischer Krise» gesprochen. Dies mag aber täuschend sein, denn es ist keine der Gesellschaft externe Fatalität, sondern eine Konsequenz des von der kapitalistischen Produktionsweise geschaffenen Verhältnis zur Natur. Und in diesem Sinne eigentlich als Teil einer Krise des Kapitalismus zu verstehen.

BASEL

Videüberwachung in Basel

In Basel wird ein ganzer Park videoüberwacht. Obwohl das nur sehr lokal gegen Gewalt und Drogenhandel helfen kann, gibt es dagegen noch kaum Widerstand.

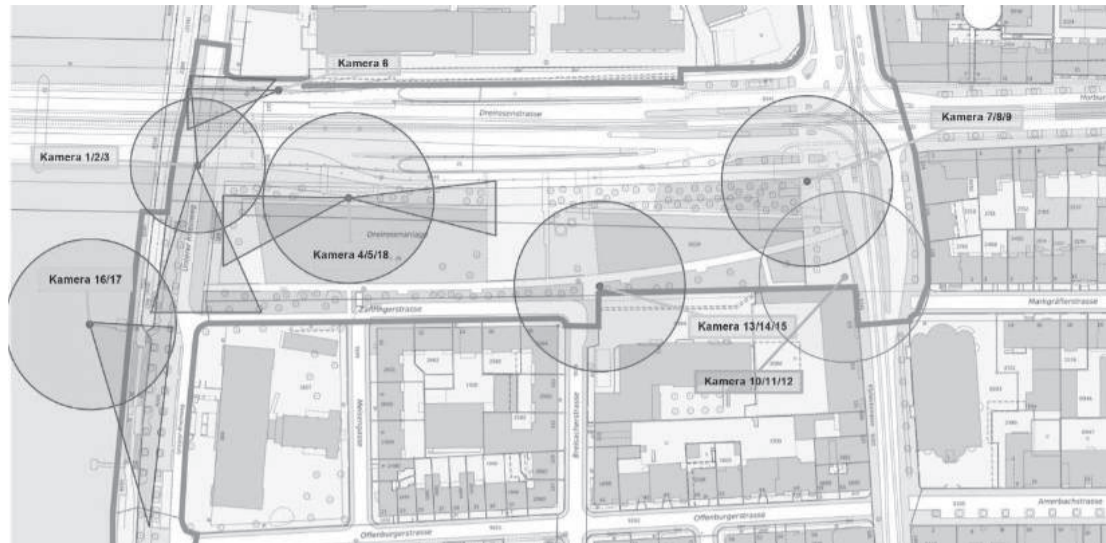
(rabs) Seit vergangem Sommer wird die Dreirosenmatte in Basel mit Videokameras überwacht. Sie wurden vorerst provisorisch installiert, mit der Begründung, dass gegen den Verkauf von Drogen und gegen Gewalt und Sachschaden vorgegangen werden soll. Mitte September zog die Polizei dann eine durchmischte Bilanz: Viel habe sich nicht geändert, auch wenn bei den Personenkontrollen weniger «gefährliche Gegenstände» wie Messer gefunden wurden, ohne dass sie dabei Zahlen nannten. Ende Oktober veröffentlichte die Polizei dann eine positivere Bilanz, um zu begründen, wieso die Überwachung (vorläufig bis Ende 2024) verlängert und ausgeweitet wird. Die Zahl der Kameras wurde erhöht und der Zugriff auf die Bilder durch die Polizei ausgeweitet. Während die Bilder wie bisher während sieben Tagen für allfällige Strafverfahren gespeichert werden, hat die Polizei nun länger direkt Zugriff auf die Aufnahmen: Sie können neu drei Stunden zurückspulen, am Anfang war es nur eine Stunde.

Die Dreirosenmatte ist ein Park im Kleinbasel, der – gerade auch weil es hier wenig Grünflächen gibt – von sehr vielen Menschen genutzt wird: Zum Sporttreiben, Spielen, Zusammensitzen, als Pausenhof für die anliegenden Schulhäuser und unter der Brücke als trockene Übernachtungsmöglichkeit für Menschen ohne festen Wohnsitz, aber auch Drogen werden hier gedealt. Immer wieder kam es zu Zwischenfällen zwischen Nutzer_innen, die dann jeweils in den bürgerlichen Medien so dargestellt wurden, dass der Eindruck aufkommt, der Aufenthalt an dem Ort sei für alle grundsätzlich gefährlich.

Wie zu erwarten war, verschob sich insbesondere der Drogenverkauf teilweise aus der Zone, die überwacht wird. Die Reaktion der Polizei war, auch wenig verwunderlich, die Ausweitung der Zone. Das zeigt deutlich, dass Videoüberwachung nur Symptombekämpfung sein kann, die, wenn der Staat konsequent sein will, dazu führt, dass alles überwacht werden muss. An die Wurzeln der gesellschaftlichen Probleme, deren Symptome beispielsweise Drogenhandel oder Gewalt sind, wird damit nicht vorgegriffen. Wieso sich Menschen gezwungen sehen, Drogen zu verkaufen oder wieso Konflikte eher dort entstehen, wo tendenziell zu wenig öffentlicher Raum vorhanden ist, wird nicht gefragt.

Wo bleibt der Widerstand?

Trotzdem scheint die Überwachung, ausser bei ein paar Militanten, die zu Beginn Plakate dagegen aufhängten oder eine Sabotageaktion gegen eine Kamera durchführten, kaum eine öffentliche Debatte angestoßen zu haben. Offensichtlich ist wenig Bewusstsein dafür vorhanden, dass eine solche Überwachung einerseits weitere Überwachungen nach sich ziehen wird, noch was es heissen kann, dem Staat immer mehr Einblick in eigene Verhaltensmuster zu geben. Auf der anderen Seite wird wohl dem Gesetz zu sehr vertraut und darauf gehofft, dass der



Plan der Dreirosenmatte mit den Kameras

kantonale Datenschützer die Überwacher_innen überwachen würde. Dabei muss jedoch bedacht werden, dass dieser nur kontrolliert, ob die gesetzlichen Vorschriften einigermaßen eingehalten werden. Auch hat er keine Kapazität, die Umsetzung wirklich zu kontrollieren: Ob die Bereiche, von denen die Polizei sagt, dass sie sie auf dem Bild schwärzen – Strassenabschnitte, Schulhofplätze oder Hauseingänge – wirklich geschwärzt werden, weiss nur die Polizei. Und die Statistiken und Aussagen der Polizei, wie sich die Kriminalität entwickelt, kann auch niemand unabhängig überprüfen.

Auch ist es wohl so, dass der Datenschützer auf öffentlichen Druck reagiert: Wenn durch mangelnden Widerstand der Eindruck erweckt wird, dass die Überwachung niemanden stört, wird er auch nicht denken, dass er aktiv werden sollte.

Big Brother is watching you

Gerade in Zeiten der Krisen ist der Staat daran interessiert, seine Macht zu sichern. Eine Strategie dabei ist die präventive Aufstandsbekämpfung. Dabei geht es vor allem um die Sicherung des öffentlichen Raums als Kampffeld des Klassenkampfes. Dieser kann kontrolliert werden, indem die Polizei aufgerüstet wird und ihre Kompetenzen ausgeweitet werden. Wichtig ist aber auch die Installation von Überwachungskameras, wie sie in europäischen Metropolen immer mehr zum Einsatz kommen. Natürlich können damit auch Verbrechen aufgedeckt werden, sie werden aber auch benützt, um Aktivist_innen zu überwachen und politische Aktionen verfolgen zu können. Es liegt dann im Ermessensspielraum des Staates und seiner Repressionsorgane, wofür die Bilder benutzt werden.

Die Überwachung des öffentlichen Raums vor allem der Abschreckung. Gerade auch politische Aktionen werden schwieriger, je stärker überwacht wird. Denn jede Kamera, auf der ein_e Aktivist_in erkennbar ist, kann ihr ihm zum Verhängnis werden. Neben der Abschreckung haben die Kameras aber auch direkt einen Einfluss auf

Strafverfahren. Bei den Basel Nazifrei-Prozessen kamen beispielsweise bei der Beweisführung der Staatsanwaltschaft nicht nur die Aufnahmen zum Zug, die die Polizei selber machte, sondern auch die Bilder der privaten Überwachungskameras der Messe Basel. Was sie mit den Aufnahmen des Basel Nazifrei-Kessels vom 21. Oktober 23 anstellen werden, steht natürlich noch in den Sternen.

Alles überwachen?

Die Videoüberwachung der Dreirosenmatte ist ein Präzedenzfall in Basel: Es wird dabei auch getestet, ob die Bevölkerung das akzeptiert. Die Polizei wird die Überwachung ausweiten und verstetigen wollen und wird in der parlamentarischen Politik, so wie es momentan aussieht, nicht auf Widerstand stossen. Wohin das führt, kann beispielsweise in London beobachtet werden, wo der öffentliche Raum viel umfassender überwacht wird. Laut einem Bericht der Organisation «Big Brother Watch» hat das weder die Kriminalitätsrate gesenkt, noch werden mehr Verbrechen durch die massenhafte Überwachung aufgeklärt. Das wird wohl auch in Basel so sein. Zur Effizienz der Kameras, was die Bekämpfung des Verkaufs von Drogen angeht, gab der Polizeisprecher denn auch nur zu Protokoll, dass es möglich sein könnte, Drogendepots dank der Kameras auszuheben. Wieso die Drogendepots in den Schliessfächern am Rhein nicht ausgehoben wurden, obwohl die schon vor der Installation der Kameras bekannt waren, erklärte er nicht.

Nicht nur wegen der Kameras, sondern auch wegen der drohenden Grossbaustelle für die neue Autobahn unter dem Rhein, die die Dreirosenmatte während zehn Jahren der Bevölkerung entziehen wird, wird dieser Ort zu einem potenziellen Brennpunkt des politischen Widerstands. Da gilt es präsent zu sein und zu versuchen, die verschiedenen Kämpfe – gegen Überwachung, gegen den Ausbau der Autobahn, gegen Gentrifizierung und für mehr Grünflächen für die Bevölkerung etc. – zusammen zu bringen.

15. NOVEMBER

Keine alleine – wir schlagen zurück!

Am 25. November, dem Tag gegen Gewalt an Frauen und genderqueeren Personen, gab es in Zürich und Basel zwei lautstarke Demonstrationen, die dem schlechten Wetter und den Einschüchterungen seitens des Staates trotzten.

(agf) Gemäss Bericht der UNO wurden 2022 über 89.000 Frauen und Mädchen ermordet, das sind knapp 10 Prozent mehr als im Vorjahr. Insgesamt stieg die Zahl der Femizide auf den höchsten Wert seit 20 Jahren an. Trotz der alarmierenden Zahlen weist die UN darauf hin, dass auch diese Zahlen Lücken enthalten und von einer Dunkelziffer auszugehen ist. Auch die Morde an genderqueeren Personen hat in den letzten Jahren zugenommen, was angesichts der zunehmenden reaktionären Hetze nicht erstaunlich ist. Und natürlich sind Morde nur die traurige Spitze der patriarchalen Gewalt: Frauenverachtung, Transphobie und Homophobie erfüllen immer die Funktion, FLINTAQ-Personen* ständig an ihren Platz innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zu erinnern und abzuwerten. Dementsprechend laut und entschlossen war die Demonstration in Zürich, wo sich rund 500 Personen die Strasse genommen haben. Die Polizei hat sich zwar immer wieder in den Weg gestellt und den neuen grossen schönen Wasserwerfer ausprobiert, doch der Demonstration ist es gelungen, eine dynamische Route durch das

proletarische Langstrassen-Quartier zu schlagen. Auch fanden zahlreiche Aktionen statt und die Wände der Stadt wurden mit Sprüchen verziert. Die Stimmung war kämpferisch, die Parolen laut und unmissverständlich, die die Verbindung zwischen Gewalt und Kapitalismus denunzierten. Die Parole «Unsere Strassen, unser Quartier, unsere Körper» verband den Kampf gegen Gewalt an Frauen mit der kapitalistischen Aufwertung im Quartier, welche Sexarbeiterinnen und Obdachlose zugunsten reicher Mieter_innen verdrängt.



Auch in Basel gab es eine Demonstration, die nach der bewilligten Route noch eine unbewilligte Nachdemo

einschlug, um zu zeigen, dass Widerstand keine Erlaubnis braucht. Weiter fanden wir auf www.barrikade eine Solidaritätserklärung zum 25. November in Winterthur: Ein Verkaufsladen von Läderach wurde sabotiert und die Schlösser verklebt. Läderach ist schon lange bekannt für seine christlich-fundamentalistische Einstellung. Das Unternehmen unterstützte beispielsweise den sogenannten «Marsch fürs Läbe», der in Zürich jährlich unter grossem Gegenprotest stattfindet.

Insgesamt sehen wir, dass der Aufschwung der feministischen Bewegungen seit 2018 und ihre entschlossene Kraft auch auf der Strasse anhält. Sei es am 8. März, am 14. Juni, gegen den «Marsch fürs Läbe» oder eben am 25. November. Diese Kampftage haben in ihrem Ausdruck an Schärfe gewonnen, die Zahl der Demo-Teilnehmenden ist grösser als noch vor ein paar Jahren, die Einheit gegen Staat und Kapital scheint gewachsen und die erkämpfte Gegenmacht widerspiegelt sich auch im selbstbewussten Schlusssatz vom Communiqué zur Demo in Zürich: «Wir sind die, die die systemrelevante Arbeit verrichten und so auch die, die das System brechen können! Gemeinsam sind wir widerständig und kämpferisch - heute, morgen und solange bis wir alle frei sind!»

* Frauen, Lesben, inter- nonbinäre, agender- und queere Personen

SPARTAKUS

«Der famoseste Kerl der Antike»

Kaum eine Figur der Antike war so prägend für die Geschichte des Sozialismus. Luxemburg und Liebknecht signierten ihre Antikriegsauftrufe mit seinem Namen. Die Sowjetunion benannte ihre Gegenveranstaltungen zur Olympiade nach ihm und Karl Marx selbst bezeichnete ihn als den famossten Kerl, den die antike Geschichte aufzuweisen habe: Die Rede ist selbstverständlich vom bekanntesten der Anführer im dritten römischen Sklavenkrieg: Spartakus.

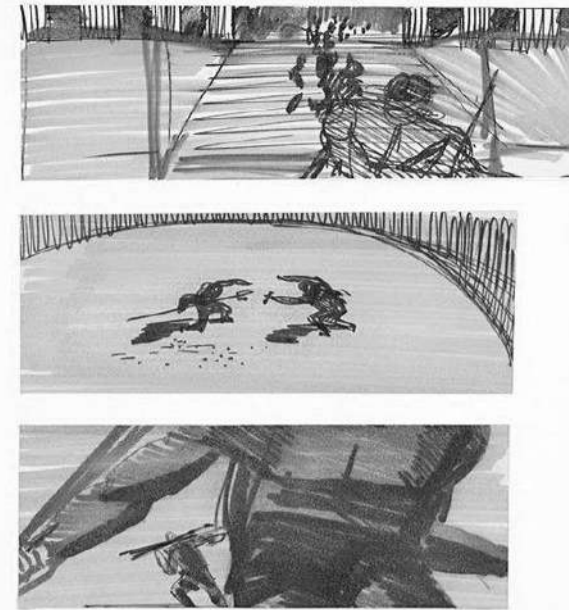
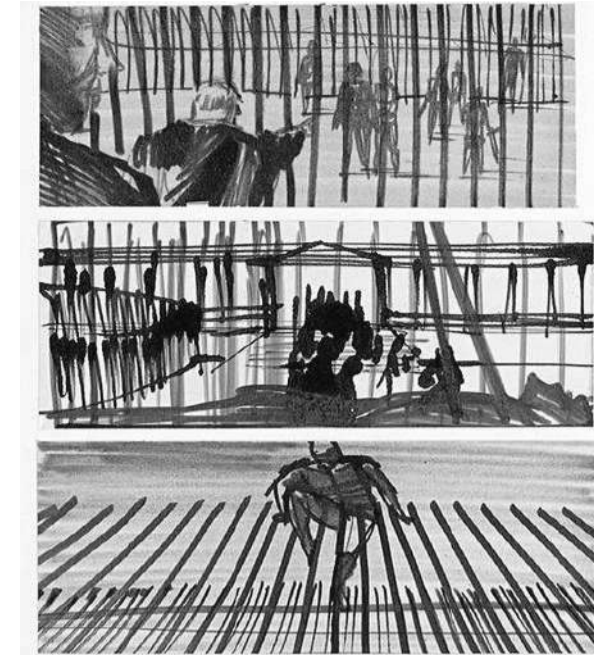
(raw) Es gibt wenige historische Figuren, die so oft Gegenstand von Kunst und Kultur waren, und man könnte die eingangs angefangene Liste von Beispielen noch um zahlreiche erweitern. Doch keines dieser Werke dürfte unser Bild auf Spartakus so geprägt haben, wie der 1960 veröffentlichte Film von Stanley Kubrick mit Kirk Douglas in der Hauptrolle gedrehte und mit vier Oscars ausgezeichnetem Film Spartacus. Die bekannteste Szene daraus: Der römische Feldherr Crassus sucht, in dem nach heldenhaftem Kampf besiegt Sklavenheer, nach deren Anführer Spartakus, der sich mit den Worten «Ich bin Spartakus» zu erkennen gibt und aufsteht, worauf seine Mitstreiter es ihm gleichtun. Sie alle sind Spartakus, da sie alle Sklaven sind.

Diese epische Filmszene, die sich ins kollektive Gedächtnis einbrannte und auch in Monty Pythons The Life of Brian aufgenommen wurde, fand so nie statt. Die Leiche des Spartakus wurde nie gefunden. Er dürfte im Kampf mit der römischen Armee gefallen sein. Der Spartakus-Darsteller Kirk Douglas brachte das Dilemma um den historischen Spartakus auf den Punkt: «Spartakus ist eine historische Gestalt, aber wenn man ihn in Geschichtsbüchern nachschlägt, findet man im besten Fall einen kurzen Absatz über ihn.» Doch nicht nur die mangelnden Erwähnungen sind ein Problem, wenn man sich ein Bild über die historische Figur des Spartakus machen will, selbst die römischen Geschichtsschreiber berichten alles andere als einheitlich über ihn. Marx, der Spartakus als den famossten Kerl der Antike identifizierte, las «abends zur Erholung im griechischen Originaltext» Appianos von Alexandria, der 200 Jahre nach den Ereignissen berichtete.

Der historische Spartakus

Der Spartakus-Krieg war aber weder der einzige noch der erste Sklavenaufstand der Antike. Die Sklavenkriege, von denen die antiken Quellen berichten, fanden im 2. und 1. Jahrhundert v. Chr. statt. In einer Zeit, in der Rom gerade seine Vormachtstellung als grösste militärische Macht im Mittelmeerraum erlangte und den grössten Konkurrenten Karthago als Hegemonialmacht ablöste. Mit den militärischen Erfolgen ging ein Anstieg der Zahl der Sklaven einher. Sklaven waren hauptsächlich Kriegsgefangene, die nun in grosser Zahl auf den Ländereien der Grossgrundbesitzer als Arbeitskräfte eingesetzt wurden. Das Leben dieser Sklaven war in aller Regel schlecht, die Verzweiflung gross und Widerstand stand auf der Tagesordnung. Viele Sklaven versuchten zu flüchten, es gibt viele Berichte über Selbstmorde, zahlreiche Aufstände und zum Teil eben ganze Kriege. Gleichzeitig war die Klasse der Sklaven stark differenziert. Dabei gab es gerade in den Städten auch Sklaven, die ein vergleichbar angenehmes Leben führten.

Spartakus war ein Thraker und kam aus der Region des heutigen Bulgariens. Kämpfte er anfangs noch in römischen Hilfstruppen, wandte er sich jedoch bald einmal gegen Rom und lebte fortan je nach Sichtweise als Bandit, Rebell oder Freiheitskämpfer, was ihn dann auch in römische Kriegsgefangenschaft brachte. So kam er in eine Gladiatorenschule in Capua in Süditalien, wo er



Auszug aus dem Storyboard von Saul Bass zum Film Spartacus (1960)

etwa ein Jahr (über-)lebte und 73 v. Chr. mit einer zweistelligen Zahl an Mitstreiter ausbrach. Die Umstände sind auch hier einigermaßen ungeklärt. Spartakus dürfte aber ein bestens ausgebildeter und erfahrener Militär gewesen sein. Überhaupt waren Gladiatoren in der römischen Geschichte immer ein Sicherheitsrisiko für die Machthaber, da sich in den Gladiatorenschulen immer ein Haufen bestens ausgebildeter Kämpfer befanden, die man sich zum Feind gemacht hatte. Neben den Gladiatoren waren es oft auch die Hirtensklaven, die Ausgangspunkte bewaffneter Sklavenaufstände waren, da auch sie aufgrund ihrer Aufgaben mit Waffen ausgerüstet waren und zudem über eine gewisse Bewegungsfreiheit verfügten.

Den in Capua ausgebrochenen, rebellierenden Gladiatoren rund um Spartakus schlossen sich bald schon Tausende von Sklaven und wohl auch einige verarmte Bauern und Freie in Süditalien an und jeder Erfolg, den die Sklaven feierten, befeuerte ihre Popularität. Sie unternahmen Raubzüge auf Städte und Landgüter, wobei die Beute auf Befehl Spartakus' dabei jeweils egalitär geteilt worden sei. Spartakus soll aber nicht nur umsichtig mit seinen eigenen Leuten umgegangen sein, sondern auch mit der Bevölkerung, wie die römischen Geschichtsschreiber relativ einheitlich berichten. Am Ende des Jahres 73 v. Chr. besiegten die rebellierenden Sklaven gar zwei römische Armeen. Und auch das Jahr 72 begann erfolgreich für die Rebellen. Doch was die Sklaven erreichen wollten, ist bis heute unklar. Einige gehen davon aus, dass die Sklaven in ihre Heimat fliehen wollten, andere sagen, dass Spartakus Rom herausfordern wollte und sich auf einen Angriff vorbereitete. Vielleicht wollte das Sklavenheer auch nur fortführen, was gut funktionierte, und weiter durch Süditalien ziehen, um Überfälle und Raubzüge durchzuführen. Schlussendlich wurde die Lage immer verzwickter, auch weil Rom die Sklavenarmee nicht mehr nur als Ärgernis, sondern immer mehr als echte Bedrohung empfand. Im Jahr 71 wurde die Armee dann von einem Feldherrn und späteren Mitstreiter Caesars namens Crassus vernichtend geschlagen. Spartakus dürfte in der Schlacht gefallen sein, und tatsächlich waren wohl wie im Film ein Teil der Sklaven an der Via Appia gekreuzigt worden, als mahnendes Beispiel dafür, was Sklaven, die sich zu erheben gedenken, droht. Ins historische Gedächtnis der römischen Gesellschaft hatte sich dieses Ereignis auf jeden Fall fest eingebrannt.

Die Freiheit und die Sklaverei

«Man soll das Leben nicht für Schauspiele einsetzen, sondern für die Freiheit», soll Spartakus gemäss Appianos gesagt haben. Für den römischen Geschichtsschreiber Florus hingegen waren die Sklaven nicht durch das Motiv der Freiheit, sondern durch den Wunsch nach Rache getrieben. Ob die Abschaffung der Sklaverei in der Antike überhaupt Thema war, ist bis heute umstritten. Im ersten Sklavenkrieg, rund 60 Jahre vor Spartakus, etablierte der Sklave und Hirte Eunus mit seiner Armee ein Königreich in Sizilien und liess sich selbst zum König krönen. Hinweise, dass die Abschaffung der Sklaverei zur Diskussion gestanden haben könnte oder überhaupt von irgendjemandem angestrebt wurde, findet man dort kaum. Dass Freiheit als hohes Gut und ihr Verlust als Schande angesehen wurde, ist allerdings ebenfalls nicht von der Hand zu weisen. So empfanden es die Römer in aller Regel bereits als Zumutung und Beleidigung überhaupt gegen Sklaven kämpfen zu müssen. Nicht zuletzt damit dürfte auch die positive Charakterisierung des Spartakus durch die römischen Geschichtsschreiber zusammenhängen: Der Glanz des Helden Spartakus stellt nicht zuletzt auch seine römischen Gegenspieler in ein besseres und ehrenhafteres Licht.

Auch Alt-Historiker_innen in der DDR und der Sowjetunion beschäftigten sich eingehend mit Spartakus und dem dritten Sklavenkrieg, nicht zuletzt wohl wegen eben jenem Urteil von Marx. Dabei gingen sie in aller Regel davon aus, dass Spartakus die Abschaffung der Sklaverei zwar im Sinn hatte, die objektiven Bedingungen, namentlich der Entwicklungsstand der Produktivkräfte, ihn jedoch an der Realisierung dieses Ziels hinderten. Die geschichtsprägende Kraft, die die sozialistischen Alt-Historiker_innen dem Kampf zwischen Sklaven und Sklavenhalter im Rom zur Zeit des Spartakus zuwies und die man auch aus dem kommunistischen Manifest kennt, stehen allerdings widersprüchlich zu anderen Passagen von Marx zur römischen Gesellschaft. Dort behauptet Marx, dass der zentrale Konflikt im alten Rom viel eher jener zwischen kleinem und grossem Grundeigentum war, während die Sklaverei als eine spezifische Modifikation jenes Verhältnisses zu begreifen sei.

MERKE



Normalerweise zeigen wir euch in dieser Rubrik Bilder von Bullen. In dieser Ausgabe haben wir zwei besondere Bilder für euch!

Links: Am 25.11. sass sie im neuen Wasserwerfer der Stapo Zürich

Rechts: An der BNF kamen sie nicht weiter.



STADTENTWICKLUNG

Schneller, höher, teurer

In Zürich wird immer öfter immer höher gebaut. Antworten auf dringende Fragen der Stadtentwicklung werden dabei bisher nicht gefunden. Um alte und neue Hochhäuser und deren Ausdruck zu verstehen, untersuchen wir deren Kontext.

(agj) Sie prägen das Bild der Stadt. Aus der Ferne bilden sie ihre Silhouette, aus der Nähe ragen sie jenseits menschlicher Proportion in die Höhe. Hochhäuser. Zum einen verkörpern sie Dekadenz und Grössenwahn im kapitalistischen Kontext, zum anderen erzählen sie eine Geschichte von Gleichheit und Moderne im Realsozialismus. Doch immer stehen sie in Verbindung mit den bestimmten Verhältnissen von Zeit und Ort.

Es folgt eine Untersuchung in welche Rolle sie hier und heute gewachsen sind und welche Möglichkeiten sie bieten.

Hoch Hinaus

Schon früh nachdem die Menschen die Höhlen verliessen und begannen, sich Behausungen wie Hütten oder Zelte zu bauen, entwickelten sich auch andere Typologien abseits der Wohnnutzung. Immer entsprechend des kulturellen Fortschritts. Eine Gemeinsamkeit gibt es bei den ägyptischen Pyramiden und Obelisken, den Tempeln der Azteken oder dem Turmbau zu Babel: Sie ragen in die Höhe. Oftmals waren es religiöse Motive die das vorantrieben. Im antiken Griechenland und dem Römischen Reich kamen die Triumphbögen oder die Kolosseum dazu, welche auch Sitten des Alltags widerspiegelten. Im Mittelalter liess der grosse Einfluss des christlichen Glaubens zahlreiche Kirchenbauten entstehen, deren Türme um die Wette wuchsen. Im Islam kamen die Moscheen mit monumentalen Minaretten hinzu. Neben diesen religiösen gibt es auch alltäglichere Nutzungen, zum Beispiel Wach- und Signaltürme an Burgen, Schlössern und Stadtbefestigungen. Was sie alle vereint ist der Ausdruck von Machtverhältnissen von oben nach unten.

Immer schneller

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Kontext der Industrialisierung wuchsen neue Städte und es kam zu einer enormen Bevölkerungszunahme. Neue Bauverfahren und Konstruktionstechniken, namentlich der Stahlskelettbau, ermöglichten es schneller, günstiger und höher zu bauen. Dies begünstigte die einsetzende Verstädterung. Vor allem in den USA veränderte dies ganze Landschaften. Der Kapitalismus begann sich in immer höher werdenden Verwaltungsgebäuden zu manifestieren. Diese trugen als Reklameobjekt die Namen ihrer Besitzer, wie das Woolworth Building (1913), das Chrysler Building (1930) oder das Rockefeller Center (1939). Während immer mehr Oberfläche versiegelt und der Boden knapper wurde, erkannte man ökonomisch verwertbares Potential im dazugehörigen Luftraum. Die Spekulation mit innerstädtischen Grundstücken begann. Der Preis für Boden wurde in astronomische Höhe getrieben, und somit wurden immer mehr Stockwerke aufeinander gestapelt um mehr Gebrauchswert zu generieren. Nur die profitabelsten Branchen konnten sich diese Büros leisten, und das Hochhaus wurde zum Statussymbol.

Die Städte verkommen zum Schlachtfeld kapitalistischer Interessen und gleichen bald einer Karikatur, in der immer monumentale Werbetürme gebaut werden. Das Hochhaus wurde zum Ausdruck des amerikanischen Kapitalismus schlechthin. Der Spielball eines infantilen Wettkampfes, ohne Rücksicht auf Folgen für die Stadt und deren Bevölkerung.

Doch es entstanden auch Gegenentwürfe wie die neu entstandene Typologie genutzt werden kann und soll. In Europa wurden Konzepte zum gemeinschaftlichen Wohnen in konzentrierter Form entwickelt. Zum Beispiel mit dem Konzept Unite d'Habitation, auch Wohnmaschine genannt, vom schweizerisch-französischen Architekten Le Corbusier. Das 1925 vorgestellte Konzept wurde als Antwort auf den Mangel an Wohnraum nach den Zerstörungen durch den Zweiten Weltkrieg mehrfach realisiert. Zuerst 1947 in Marseille. Nebst dem Bauen in die Höhe, gab es die Idee von Standardisierung und serieller Produktion der Bauteile um effizienter zu bauen und möglichst vielen einen höheren Wohnkomfort zu ermöglichen. Später bekannt als Plattenbau.

Im sowjetischen Realsozialismus fand die Idee Anklang und wurde zum Leitbild des Wohnungsbaus. Die dazugehörigen Grundprinzipien des Städtebaus waren Funktionstrennung und repetitive Quartiere mit einem gestuften System von Zentralitäten. Während in der DDR die bestehende Bausubstanz der Altbauviertel vernachlässigt und dem Verfall freigegeben wurden, entstanden neue Stadtteile am Stadtrand. Diese boten eine höhere Wohn-

qualität und lockten mit moderner Ausstattung wie Fernwärme, Einbauküche und funktionalen Grundrissen. Die Bausteine dieser Quartiere waren die Plattenbauten, im liegenden Format als Zeile oder als vertikal ausgerichtetes Hochhaus. Die Viertel waren damals sehr beliebt, erlebten aber nach dem Anschluss der Gebiete der ehemaligen DDR an die BRD einen rasanten Verfall, da man sich wieder auf die erwünschtere deutsche Geschichte der gründerzeitlichen Prunkbauten konzentrierte. Die Siedlungen wurden vernachlässigt, waren schnell infrastrukturell abgehängt und wurden zu sozialen Brennpunkten. Diese Entwicklung war mit ähnlichen städtebaulichen Projekten beispielsweise auch in den französischen Vorortsiedlungen der Banlieues zu beobachten.

Zürcher Verhältnisse

In der Schweiz gilt ein Bau als Hochhaus wenn die Fassadenhöhe 25m übersteigt. Das entspricht in etwa 8 Geschossen. Umgangssprachlich wird der Begriff aber für wirklich vertikale Türme verwendet.

Im internationalen Vergleich ist weder die Schweiz noch Zürich besonders hoch gebaut. Trotzdem prägen Hochpunkte Städte und Landschaften. In Zürich ragten lang nur einzelne Kirchtürme oder Hochkamine aus der restlichen Bebauungsstruktur empor. Doch heute entstehen, grad in Zürich West und Oerlikon, zahlreiche neue Hochhäuser.



«Die Stadt ist der Ort unserer Kämpfe und wir malen ihn uns weltweit wie er uns gefällt.»

Das Amt für Städtebau der Stadt Zürich hat die lokalen Hochhausrichtlinien im Herbst 2022 erneuert. Vorangehend wurde eine Studie in Auftrag gegeben, die sich mit dem Wohnhochhaus und dessen Sozialverträglichkeit beschäftigt. Dabei wurden kaum eindeutige Zusammenhänge erkannt, lediglich dass die jeweilige Umgebung einen direkten Einfluss auf die Lebensqualität hat. Weiterhin wurde eine Diskrepanz zwischen Innen- und Aussenwahrnehmung entdeckt. Während viele befragte Hochhausbewohner_innen das Leben dort schätzen, hört man häufig von aussen zugeschriebene Assoziationen wie Anonymität und Monotonie. Die Zürcher Stadtregierung versuchte damit wohl eine reformistische Antwort auf die Wohnungskrise zu suchen, Zürich West und Europaallee haben uns aber unmissverständlich gezeigt, dass die Stadt ihre Werkzeuge im Interesse des Kapitals einsetzt und daraus nichts als Aufwertung und letztendlich Verdrängung resultieren.

In der genannten Studie wird von 3 Phasen des Zürcher Hochhausbaus gesprochen. Die erste beschreibt den kommunalen Wohnungsbau in den 50ern bis 80ern. Dabei entstanden bekannte Projekte wie das Lochergut (1966) oder die Hardautürme (1978). Auch in den ländlicheren Regionen wurde zu der Zeit schnell und hoch gebaut. Teilweise in direkter Nachbarschaft zu Fabriken, als Behausung für die Arbeiter_innen. Danach stagniert der Hochhausbau vorerst. Die folgende zweite Phase umfasst dann die Entwicklung des Wohnhochhauses zur Renditemaschine. Wohnraum wird zum Statussymbol entfremdet in Projekten wie Mobimo Tower (2011), Vulcano (2019) oder Wolkenwerk (2020). Die Stadt spricht gern von sozialer Durchmischung als Instrument nachhaltiger Stadt-

planung. Aber was passiert? Die teuren Hochhäuser als Segregationsmaschinen werten ihre Umgebung in kurzer Zeit auf und bringen, wie beim Beispiel von Zürich West, die Reichen in prosperierende kreative und teils alternativ geprägte Quartiere. Aber wo findet die Durchmischung in den Villenvierteln statt?

Es wird teurer

Heute befinden wir uns angeblich in der dritten Phase des Zürcher Hochhausbaus. Es wird von einem sozialräumlich ausgerichteten und preisgünstigen Neubau gesprochen. Gesehen haben wir den bisher noch nicht. Das einzig so ausgelegte Projekt welches bisher geplant wird ist das Hochhaus der ABZ auf dem neuen Koch-Areal. Damit hat es schonmal einen schlechten Start. Das Hochhaus, welches auf vielen Geschossen auch viel Wohnraum schaffen kann, wäre sicherlich ein Ansatz, die notwendige Verdichtung der Stadt voranzubringen. Diese passiert bisher aber eben nicht im gesellschaftlichen Interesse sondern zur Profitmaximierung. Die aktuelle Leerstandsrate auf dem Zürcher Wohnungsmarkt liegt bei 0,06%. Studien zufolge bräuchte es für einen funktionierenden Wohnungsmarkt in etwa 1,5%. Laut einem Volksentscheid von 2011 sollen bis 2050 ein Drittel aller Mietwohnungen gemeinnützig sein. Seitdem wurde zwar gebaut, aber eben in allen Preiskategorien, weshalb sich nichts verändert hat und immer noch nur circa 25% gemeinnützig sind.

Ein aktueller Diskurs geht um die Entwicklung des Josef-Areals. Dort befindet sich unter anderem die zur Zwischennutzung freigegebene Zentralwäscherei und ein Heizkraftwerk das derzeit abgebrochen wird. Die Stadt hat kürzlich ein Nutzungskonzept veröffentlicht, welches Grundlage für kommende Architekturwettbewerbe sein soll. Es soll Alterswohnungen, ein Schwimmbad, einen Park und weitere öffentliche Nutzungen geben. Vergeblich wird nach dringend benötigtem bezahlbarem Wohnraum gesucht. Wohlgermerkt gehört das Grundstück der Stadt. Dass sie die einschränkende Zonenordnung, welche Nutzungen für bestimmte Gebiete und Grundstücke vorgibt einfach abändern kann, wenn es denn erwünscht ist, hat das der SBB gehörende Neugass-Areal gezeigt. Wäre es also theoretisch möglich, die Zentralwäscherei als Kulturraum zu erhalten und einfach ein gemeinnütziges Hochhaus auf das ehemalige Fabrikgelände zu stellen? Ja. Mit der Josefweise gibt es die gewünschte Grünfläche glücklicherweise auch schon. Was fehlt ist der politische Wille. Eine Arbeitsgruppe aus verschiedenen Akteuren der Stadtplanung hat hierzu bereits einen Vorschlag unter dem Titel „Josef will Wohnen“ erarbeitet. Welche Motivation dahinter steckt, ist allerdings kritisch zu hinterfragen, denn finanziert wird diese von der Zürcher Hamasil-Stiftung, die selbst aktiv an der Aufwertung von Zürich beteiligt ist und dort Liegenschaften besitzt. Wohnraum ist eine Notwendigkeit, ein Gemeingut und kein Spekulationsobjekt. Wann wird also endlich so gebaut, wie es notwendig wäre. Vielleicht auch mit Hochhäusern.

Für eine Stadtentwicklung von unten (und manchmal in die Höhe).

LANDWIRTSCHAFT

Habt ihr Bio-Tomaten auf den Augen?

Wieviel revolutionäres Potential steckt im Konzept der solidarischen Landwirtschaft?

(agf/agj) Regionales und saisonales Biogemüse finden mittlerweile alle toll. In jeder WG-Küche hängt ein Saisonkalender an der Wand und in unseren Städten fahren farmy- und Öpfelchasperwägeli herum. Die Konsummöglichkeiten haben sich in diesem Bereich massiv ausgeweitet. Gehst du an den regionalen Wochenmarkt einkaufen, hast du eher ein Gemüseabo oder gehst du lieber in die Regioabteilung von Coop? Solidarische Landwirtschaft – kurz Solawi – behauptet von sich, weiter zu gehen. In der linken Bewegung sind die Solawis seit einigen Jahren ein Modell für einen Wandel der ökonomischen Strukturen. Was unterscheidet dieses Vermarktungskonzept von dem anderer Landwirtschaftsbetriebe?

Dazu schauen wir erstmals die aktuellen Produktionsbedingungen im Gemüsebau in der Schweiz an. Wie die Landwirtschaft im Allgemeinen, wird auch der Gemüsebau immer weiter spezialisiert. Betriebe, die Gemüse produzieren, machen dies als alleiniger Betriebszweig und auf immer grösseren Flächen pro Betrieb, immer stärker mechanisiert. Der Gemüsebau zeichnet sich durch einen höheren Anteil an Handarbeit und eine starkte Saisonalität aus, was die ohnehin prekären Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft für die vielen Arbeitsmigrant_innen im Gemüsebau noch verstärkt. Während der Corona-Pandemie wurden vor allem Beispiele aus Deutschland bekannt, wo Arbeiter_innen trotz Reiseverbot aus Rumänien nach Deutschland eingeflogen wurden. Aber auch in der Schweiz wurden und wird immer wieder mal ein Beispiel bekannt, wie schlecht Landarbeiter_innen verdienen oder in was für verlotterten Baracken sie untergebracht werden. Die Saisonalität der Anstellungen verhindert eine Organisation der Landarbeiter_innen. Und der Verband Schweizer Gemüseproduzenten (VSGP), fest in Hand der SVP, hat kein Interesse an der Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Ein anderes Modell für Gemüseanbau

Auf stark spezialisierten Gemüsebetrieben ist der Einsatz von zugekauften Düngern notwendig, da der Nährstoffbedarf nicht über betriebseigene Quellen (beispielsweise Gülle oder Mist) gedeckt werden kann. Auf konventionellen Betrieben bedeutet dies Zukauf von technisch und energetisch aufwendig hergestellten Mineraldüngern. Herstellung und Ausbringung solcher Dünger verursachen etwa 10 Kilogramm CO²-Äquivalente pro Kilogramm Düngerstickstoff.

Durch die kurze Haltbarkeit, die hohen Qualitätsanforderungen im Detailhandel und die durch die Lohnintensität starke Konkurrenz aus dem Ausland, wird mehr als die Hälfte des produzierten Gemüses weggeworfen. Ein Grossteil davon fällt direkt auf dem Landwirtschaftsbetrieb an – der Anteil «nicht-vermarktungsfähiges» Gemüse – was bedeutet, dass die Gemüseproduzent_in die Kosten vollständig trägt. In der Schweiz hat dies neben «Qualitätsmängeln», beispielsweise durch Unwetter, auch oft mit saisonalen Importzöllen zu tun. Da kauft Coop halt lieber den billigen spanischen Eisbergsalat. Hier spielt die starke Marktkonzentration im Detailhandel eine grosse Rolle.

Solawis verfolgen idealistische Ziele, die diesen Mechanismen entgegenwirken sollen. Bei einer klassischen Gemüse-Solawi bezahlen Mitglieder beim Eintritt einen fixen Betrag und bekommen im Laufe der Saison meist wöchentlich eine Portion Gemüse. Bezahlt wird nicht das Produkt, sondern der Einsatz der Produktionsmittel, welcher notwendig ist um einen Betrieb z.B. eine Gemüsesaison lang am Laufen zu halten. Dazu gehört die Bezahlung der Angestellten, Inputs wie Saatgut, Spritzmittel und Dünger, sowie Wasser, Strom, Diesel, Pacht/Mieten, Maschinenkosten und so weiter. So wird ein Teil des Produktionsrisikos von den Produzent_innen auf die Konsumierenden übertragen. Dies bedeutet insbesondere eine gewisse Versicherung bei Wetterereignissen wie beispielsweise Hagel, übermässigem oder fehlendem Niederschlag oder Hitze. Die Solawi-Mitglieder bekommen also auch den Eisbergsalat, nachdem der Hagel darüber fegte oder zumindest decken sie mit ihrem Beitrag die Produktionskosten im Vornherein.

Was bei den meisten Solawis dazugehört, ist die Mitarbeit der Mitglieder auf dem Betrieb im Rahmen von Arbeitseinsätzen. Was ist nun das revolutionäre Potential eines solchen Vermarktungskonzeptes? Ist es einfach eine weitere Konsummöglichkeit? Untergräbt es die Marktlogik? Oder setzt es gar subversive Energien frei? Die Solawi-Bewegung selber hat eine klar politische Haltung dazu. Die meisten Vertreter_innen verstehen sich als Aktivist_innen einer antikapitalistischen, transformativen Bewegung. Auf einem Solawi-Betrieb existiert der direkte



Nicht alle haben gute Erfahrungen mit ihnen: Urbane Rüebli in Zürich.

Druck des Marktes nicht – die Existenz des Betriebs ist nicht direkt von sich wöchentlich ändernden Marktpreisen oder Ernteausfällen bedroht. Die Mitglieder verstehen sich als Prosument_innen – die Trennung von Produktion und Konsumtion wird teilweise aufgehoben. Diese Aufhebung wirkt auch der Entfremdung entgegen, nicht nur der Konsumierenden sondern auch der Produzierenden – die Entfremdung der Produkte der eigenen Arbeit, der Produktionsmittel und auf jeden Fall der Natur. Die Solawi

bedeutet immer eine gewisse Gemeinschaft, das verändert die Menschen. Statt alleine mit seinen Konsumentenscheidungen zu sein (und diesbezüglich in der bürgerlichen Gesellschaft unter grossem moralischem Druck zu stehen), kann in einer Solawi gemeinsam bestimmt werden, was und wieviel produziert wird. Dies ist eine Erfahrung die im sonstigen Alltag nicht gemacht werden kann.

Das klingt schon alles sehr revolutionär...

Wenn man sich die Situation der Solawis jedoch genauer ansieht fällt auf, dass es sich doch um eine recht begrenzte, privilegierte Menschengruppe handelt, die keine gesamtgesellschaftliche Entwicklungen abbildet. Die Solawis, die heute in der Schweiz bestehen, sind keine proletarischen Selbsthilfeorganisationen, wie sie ab dem 19. Jahrhundert als Lebensmittelgenossenschaften entstanden. Die Mitgliedschaft ist eher links oder linksliberal eingestellt, wohnt im urbanen Umfeld und verdient genug, um qualitative Nahrungsmittel zu bezahlen und auch noch Zeit im Betrieb zu investieren. Die Organisation in einer landwirtschaftlichen Genossenschaft geschieht momentan in der Schweiz nicht aus einer Not heraus, sondern aus idealistischen Motiven. Die Menschen wollen näher an der Nahrungsmittelproduktion dran sein und wissen woher die Produkte kommen.

Ein kritischer Punkt sind die Anstellungsbedingungen, denn normalerweise wird nicht die gesamte Arbeit von den Mitgliedern erledigt. In Landwirtschaft oder Gemüsebau ausgebildete Menschen erledigen viele Planungs-, Maschinen- und viele weitere Arbeiten, die nicht so einfach von Laien übernommen werden können. Bei diesen Angestellten wird darauf geachtet, dass die Arbeitsbedingungen besser sind als sonst üblich in der Landwirtschaft. Doch richtig gute Arbeitsbedingungen gibt es auch in Gemüsegenossenschaften nicht. Auch wenn der Betrieb nicht direkt der marktwirtschaftlichen Preisbildung ausgesetzt ist, fällt das Geld nicht vom Himmel. Die kapitalistisch strukturierte Lebensrealität der Mitglieder lässt vielen kaum Kapazitäten, sich in notwendiger Masse für den Betrieb einzusetzen, sodass diese wieder eher eine Dienstleistungsperspektive einnehmen. Dies bedeutet in der Praxis vieler Solawis mehr Druck und Überstunden für die bezahlten Arbeitskräfte des Betriebs.

Auf der anderen Seite kann auch die unbezahlte Arbeit der Mitglieder unter kapitalistischen Produktionsbedingungen skeptisch betrachtet werden. Es ist kein Wunder, dass solche Konzepte, in denen vormalig in Dienstleistungen oder Service Public integrierte Arbeiten an die Konsument_innen bzw. Bürger_innen ausgelagert werden (weitere Beispiele sind auch Selfcheckout-Kassen oder cut&color-Coiffeurläden), ganz im Sinne des Community-Capitalism in neoliberalen Zeiten Aufschwung erhal-

ten. Bedeuten die Solawis in einer kapitalistischen Marktsituation also nur als eine Marktnische, die einigen Idealist_innen zu etwas mehr moralischer Integrität verhilft?

Ein Blick in die Zukunft?

Die kollektive Organisation in einem Betrieb schon im kapitalistischen Hier und Jetzt auszuprobieren, bringt uns vielleicht nicht die Revolution, kann uns aber nach einer solchen bestimmt nützlich sein. Vielleicht gehört die Solawi zu dem Stoff aus dem unsere Utopien gemacht sind. In einer post-kapitalistischen Perspektive ist es durchaus denkbar, dass Betriebe zu einem Grossteil nach diesen Prinzipien funktionieren. Im Gegensatz zu sowjetischen grossindustriellen Landwirtschaftskooperativen wird die Arbeit auf Solawis demokratischer und weniger entfremdet verteilt. Sie enthält ebenso die Aufhebung der Trennung zwischen Kopf- und Handarbeit und ermöglicht einen praktischen Zugang zur Natur, der ein anderes Bewusstsein schafft. Oder wie Marx in die Zukunft geschaut hat, die uns ermöglichen soll «heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.»

Und überhaupt, sich kollektiv zu organisieren, und gemeinsam solidarisch Entscheidungen zu treffen ist eine Praxis, die der kapitalistischen Vereinzelung entgegenwirkt. Hauptsache man hat nicht nur keine Tomaten auf den Augen, sondern packt auch die Rübe mitsamt der Wurzel.

ÖL

Als die Weltwirtschaft ins Stottern geriet – die Ölpreiskrise von 1973

Vor 50 Jahren verknappte die OPEC das Erdöl und stürzte die kapitalistische Weltwirtschaft in den Abgrund – auch die Schweiz.

(gpw) Um die Tragweite der Ölpreiskrise zu verstehen, lohnt es sich, noch etwas weiter zurück zu schauen. Die Schweiz war und ist in Bezug auf die Energieversorgung von Rohstoffimporten abhängig. Im Zweiten Weltkrieg erlebte das europäische Binnenland eine drastische Treibstoffknappheit. Benzin war für den privaten Gebrauch kaum mehr verfügbar. Nach dem Krieg setzte Erdöl zum sprunghaften Wachstum an: Von 1946 bis 1956 – gerade einmal zehn Jahre – verdrängte das Erdöl die im Vergleich teurere Kohle als primäre Energielieferantin. Dies hängt direkt mit der Motorisierungswelle der 1950er und 1960er Jahre zusammen, als sich in zehn Jahren der Motorfahrzeugbestand der Schweiz verdreifachte.

Noch stärker war die Verdrängung von Holz und Kohle in Bezug auf das Heizen der Häuser. Erdöl war einfacher in der Handhabung und in der Lagerung als Kohle, die Staub und Schmutz verursachte. Aufgrund seiner grösseren Energieintensität pro Masse war Erdöl der Kohle als Treibstoff klar überlegen. 1960 heizte noch die Mehrheit der Schweizer Haushalte mit einem Einzelofen. Zehn Jahre später waren in ca. 70 Prozent aller Haushalte Zentralheizungen eingebaut.

Kriege verteuern Energie

Die Ölpreiskrise vom Herbst 1973 wurde durch den Jom-Kippur-Krieg (6. bis 26. Oktober) ausgelöst, an welchem Ägypten und Syrien Israel am höchsten jüdischen Feiertag angriffen. Das Kartell «Organisation der arabischen Erdöl exportierenden Staaten» (OAPEC), ein Teil der 1960 gegründeten Organisation der Erdöl exportierenden Länder (OPEC), drosselte politisch motiviert die Ölfördermengen um fünf Prozent, um Druck auf den Westblock und dessen Unterstützung für Israel auszuüben. An diesem Ölembargo beteiligten sich Algerien, der Irak, Katar, Kuwait, Libyen, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Während am 17. Oktober 1973 ein Barrel Öl noch etwa drei Dollar kostete, stieg der Preis im Verlauf des nächsten Jahres auf über zwölf Dollar. Die über die Jahre auf Erdöl als primären Energielieferanten umgebauten Wirtschaften wurden dadurch voll getroffen.

Eine weitere Ölpreiskrise gab es Ende 1979/80, welche durch die Islamische Revolution im Iran und dem darauf-



Autofreier Sonntag während der Ölpreiskrise, 1973.

folgenden Angriff des Iraks ausgelöst wurde. Diese Krise soll hier aber nicht weiter Beachtung finden. Letztlich offenbarten die Ölpreiskrisen die Abhängigkeit vieler Volkswirtschaften von ausländischem Öl, was die Erschliessung eigener Reserven zur Folge hatte (z.B. Nordsee-Ölförderung).

Adieu ewiges Wachstum und Export der Arbeitslosigkeit

Die von der Ölpreiskrise ausgelöste schwere Rezession hatte aber auch politisch-ideologische Auswirkungen. Seit 1950 kannten die Menschen im kapitalistischen Westen fast ununterbrochenes Wirtschaftswachstum. Der Wiederaufbau Europas nach dem Krieg führte zum sogenannten Wirtschaftswunder, welches nun jäh beendet wurde. Kurzfristig wurden in der Schweiz aus heutiger Perspektive kultige Lösungen gefunden: Ab dem 25. November 1973 wurde für drei aufeinanderfolgende Sonntage ein allgemeines Fahrverbot ausgerufen und Tempo 100 auf den Autobahnen durchgesetzt. Längerfristig musste sich die Schweiz wieder mit wirtschaftlichen Krisen auseinandersetzen: 1975 sank das Bruttoinlandsprodukt real um fast sieben Prozent. Damit einher gingen Einschränkungen in der Produktion, Betriebsschliessungen, Fusionen und Konkurse. Tiefer lagen aber weitere Strukturprobleme der

Schweizer Industrie bestehend insbesondere aus nicht eingeführten neuen Technologien und verstärkter Konkurrenz aus Niedriglohnländern.

Die Krise der 1970er Jahre prägt das kollektive Bewusstsein weniger nachhaltig als diejenige der 1930er Jahre, da die Bourgeoisie die Krise nahezu unsichtbar machte. Um der Krise Herrin zu werden, bediente sie sich eines miesen Tricks. Zwischen 1974 und 1976 sank die Zahl der im Sekundärsektor (Industrie) beschäftigten um fast 300'000 Personen, das waren 20 Prozent. Zum einen blieben die vielen Arbeitslosen unsichtbar, weil sie statistisch nicht erfasst wurden. 1975 waren gerade mal ca. 10'000 und 1976 wenig mehr als 20'000 Personen als arbeitslos registriert. Dies hängt damit zusammen, dass nur knapp 20 Prozent der Arbeitenden gegen Erwerbsverlust versichert waren. Zum anderen wurde die Arbeitslosigkeit einfach exportiert. Bundesbern legte den Arbeitgeber_innen nahe, Ausländer_innen vor den Schweizer_innen zu kündigen und diese nun Arbeitslosen mussten die Schweiz nach Ablauf ihrer Aufenthaltsbewilligung verlassen. Zahlen aus der Forschung legen nahe, dass ca. 50'000 Saisoniers, 25'000 Grenzgänger_innen und beinahe 100'000 Jahresaufenthalter_innen die Schweiz verlassen mussten.

ENERGIE

Das Sorgenkind des Kapitals: die Profitrate

Wenn eine allgemein sinkende Profitrate auf eine plötzliche Erhöhung der Energiepreise trifft, wird es explosiv.

(gpw) Nach dem Ende des zweiten imperialistischen Krieges 1945 und den massiven Zerstörungen, die dieser mit sich brachte, war die Kapitalüberproduktion während zwei Jahrzehnten kein ausschlaggebendes Element der kapitalistischen Produktionsweise. Der Wiederaufbau ermöglichte riesige Investitionen in die Produktion aller Waren. Befeuert von der Entwicklung der Produktivkräfte konnte der Wiederaufbau in relativ kurzer Zeit abgeschlossen werden.

Seit Ende der 1960er Jahre zeigten sich wieder erste Zeichen einer Kapitalüberproduktion. Die Ölkrise 1973 war dann der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, wodurch der tendenzielle Fall der Profitrate und damit die Kapitalüberproduktionskrise «schlagend hervortraten» (Marx, das Kapital III, S. 249). Die seither bestehende Überproduktion von Kapital hat sich als nicht umkehrbar erwiesen.

Öl war (und ist) ein unverzichtbarer Rohstoff

Wie konnte die Ölkrise zum Tropfen werden, der das Fass zum Überlaufen brachte? Durch die künstliche Verknappung durch die OPEC stiegen die Preise von Rohöl schlagartig stark an (s. Artikel oben), da weniger Rohöl zur Verfügung stand und es gleichzeitig an vielen Orten gebraucht wurde: direkt als Rohstoff überall dort, wo die Produktion Energie erfordert wie z.B. in der Metallurgie, aber auch bei der Herstellung von PVC, das in Unmengen von alltäglichen Waren zum Einsatz kommt, in Computern, Rohren aller Art oder Autos, ferner als Benzin im Transportwesen, auf dem Bau und in der Landwirtschaft;



Tankstelle in Perkasee, Pennsylvania, am 1. Juni 1973.

indirekt bei der Produktion der Ware Arbeitskraft, die auf die entsprechenden Produkte angewiesen ist. Direkt verteuert es also die Produktionsmittel, indirekt die Ware Arbeitskraft. Beides senkt die Profitrate, das heisst das Verhältnis zwischen dem in der Produktion erzielten Mehrwert und dem für die Produktion notwendigen investierten Kapital, das eben aus Produktionsmitteln – dem konstanten Kapital – und Arbeitskräften – dem variablen Kapital – besteht.

Auch während des langen Nachkriegsaufschwungs bestand die Tendenz zum Sinken der Profitrate, was aber durch sogenannte entgegenwirkende Ursachen (Das Kapital III, Kapitel 14) kompensiert wurde, denn in «normalen» Zeiten verbilligen sich die Produktionsmittel, da sie durch neue Technologien mit weniger Arbeit hergestellt

werden können, und es sinkt auch der Wert der Arbeitskräfte im Verhältnis zum produzierten Mehrwert. Die Ölkrise drehte das plötzlich um: Die Preise für wichtige Produktionsmittel stiegen, aber auch die für Nahrung, Wohnung und alle andern notwendigen Lebensmittel, die das Proletariat kaufen muss, um überhaupt arbeitsfähig zu sein. Teurere Lebensmittel bedeuten einen höheren Wert der Arbeitskräfte. Ein Anstieg der Preise aller lebensnotwendigen Waren und damit ein grösserer Wert der Arbeitskräfte bedeutet daher, dass früher oder später höhere Löhne bezahlt werden müssen.

Durch die Ölkrise schlugen also die Kompensationen um in eine Beschleunigung des Falls der Profitrate. Wenn aber die Profitrate zu niedrig wird, verzichtet die Bourgeoisie auf eine Ausdehnung der Investitionen. Schlagartig zeigt sich dann, dass schon zu viel investiert worden ist, dass also in den meisten Wirtschaftszweigen zuviel Kapital vorhanden ist und die Bourgeoisie auf zu viel Geld sitzen bleibt, das sie nicht investieren kann. Das ist das Wesen der Kapitalüberproduktionskrise. Es muss verstärkt restrukturiert werden, Arbeiter_innen und Angestellte werden entlassen, Arbeitslosigkeit und Elend steigen an.

Hier sehen wir auch eine Parallele zur Entwicklung heute und vor allem in nicht allzuferner Zukunft: Heute zeigen sich, wie Ende der 1960er Jahre, erste Anzeichen eines Endes der seit ca. 10 Jahren bestehenden relativen Stabilitätsphase des Kapitalismus in den Metropolen. Es ist eine Frage der Zeit, wann der nächste Kriseneinbruch «schlagend hervortreten» wird. Was der auslösende Tropfen sein wird, darüber lassen sich noch Wetten abschliessen.

GESCHICHTE

Fabrikgesellschaft: über die Mechanismen der Befriedung

Fabrikgesellschaft beleuchtet die Industrieregion Baden, Winterthur und Zürich in den Jahren 1937-67. Die Maschinenindustrie war einst sehr wichtig, inzwischen nur noch Erinnerung, doch konstituierendes Element der Klassengesellschaft, in der wir leben. Detailreich, hintersinnig und präzise nimmt Andreas Fasel diese Zeit unter die Lupe.

«Unberechtigten ist der Eintritt in das Fabrik-Areal verboten», mit diesem Schild beginnt das Buch Fabrikgesellschaft, das antritt, die vernachlässigte Geschichte des Arbeitsfriedens zu beleuchten, ins Innere des Geschehens zu schauen, die Mechanismen der Integration sowie des Ausschlusses der Arbeiter_innenschaft zwischen 1937 und 1967 zu betrachten. Der Arbeitsfrieden, die Tatsache, dass die Gewerkschaft SMUV der Metallarbeiter (die männliche Form ist bewusst gewählt) ab 1937 Arbeitskämpfmassnahmen unterband, ist gut bekannt. Hingegen wie das umgesetzt wurde und wieso er sich so lange halten konnte, ist wenig erforscht. Diese Lücke schliesst das Buch mit zahlreichen Anekdoten und Beispielen aus dem Innenleben der Fabrikgesellschaft, so dass es nie zäh oder langweilig ist. Angesichts der Tatsache, dass die Archivmaterialien aus der Firmenleitung stammen, bedeutet das historische Wühlarbeit, die Suche nach Briefen, Gedichten, protokollarischen Randbemerkungen, um zwischen den Zeilen aktiven und passiven Widerstand auszumachen, Anzeichen für Spaltung, Integration oder Hinnahme.

Aus der Geschichte lernen

«Ich gehöre ja zu den Menschen, die glauben, aus der Geschichte lernen zu können», sagt Fasel im Gespräch. Also wollen wir lernen. Der Aufbau wird Veranstaltungen mit dem Autor durchführen und über die Vergangenheit sprechen, um die Gegenwart verstehen zu können.

Für Fasel stand der biografische Bezug am Anfang des Projekts. Im Winterthur seiner Kindheit war die Metallindustrie noch dominant gewesen und das Verscherbeln der Sulzer in den 90ern hart und spürbar. Als Historiker aus der Rationalisierungs-Forschung fiel ihm ausserdem auf, dass die Nachkriegszeit in der Forschung fehlte. Man spreche gerne und viel von Taylor und den 20- und 30ern, was einfach zu kurz greife, in der Schweiz seien die 50er Jahre relevant. Das Friedensabkommen und die sie begleitenden Massnahmen der Sozialpolitik durch die Betriebe ermöglichten die Durchsetzung der Rationalisierung. Gleichzeitig, aber das ist nicht ungewöhnlich, wurde ab 1947 billige, unqualifizierte Arbeitskraft importiert – vorzugsweise die besonders billigen jungen Italienerinnen. Beide Prozesse, die Rationalisierung wie die Nicht-Modernisierung, veränderten die Arbeitsbedingungen in der Fabrik. Drittens liegt ein politisches Anliegen dem Buch zugrunde. Die konservative Seite bezieht sich positiv auf die 50er Jahre. Die 60er und besonders die 70er stehen hingegen für den sozialen Aufbruch und Bewegung. Wer sich für diese interessiert, muss hinschauen, was dazu führte. So ist es kein Wunder, dass die jungen Arbeiter_innen der 60er das nicht mehr mitmachten. Die Rebellion gegen die Enge der Gesellschaft war nicht nur eine Rebellion an den Universitäten, in den Fabriken war sie überlebensnotwendig. Das kann dieses Buch zeigen, auch wenn es 1967 endet.

Dienen statt verdienen

Behandelt werden drei Fabriken, die Brown Boveri in Baden, die Maschinenfabrik Oerlikon und die Sulzer in Winterthur. Gemeinsam ist ihnen, dass sie an ihrem Standort sowohl politisch als auch ökonomisch dominant waren. Sie gingen die Rationalisierung, also auch die Veränderung der Arbeitsorganisation, leicht unterschiedlich an, doch taten es alle drei auf Basis des Arbeitsfriedens einerseits und dem Import billiger Arbeitskraft aus Italien andererseits. Um den Frieden zu erhalten, mussten sie gewisse «Gegenleistungen» erbringen, wobei sie Lohn erhöhungen kategorisch ausschlossen. Obwohl es eine Zeit des akuten Arbeitskräftemangels war. Arbeiter_innen wechselten die Arbeitsstelle ohne Bedenken, wenn ihnen ein besseres Angebot begegnete. Das Management musste die Löhne erhöhen, wehrte sich aber erfolgreich gegen kollektive Lohn erhöhungen. Denn Geld, so hiess es, sei nicht so wichtig!

Um die Fluktuation der Arbeitskräfte einzudämmen, wurden einigen Wohnungen zur Verfügung gestellt, die an den Arbeitsvertrag gekoppelt waren. Dies war nicht nur eine geeignete Massnahme, die Arbeitskräfte zu binden, es war auch eine prima Investition: die Häuser konnten sozusagen «gratis» aus dem akkumulierten Kapital der Be-

triebs-Pensionskassen gebaut werden. Die Italiener_innen hingegen wurden unter sehr bedenklichen Bedingungen in Baracken untergebracht.

Ausserdem pflegte man in den Fabriken den Bereich des Sozialen, neben Firmenanlässen auch die Soziale Arbeit. Deren repressive und erzieherische Funktion ist gut sichtbar, so wurden vorzugsweise Ehefrauen von Facharbeitern auf sparsames Wirtschaften gedrillt. Nichts desto trotz waren diese Fabriken die Avantgarde der sozialen Betreuung und die einzige «Hilfe», die zu erhalten war. Oder aufgenötigt wurde. Das erklärte Ziel der Sozialarbeit in Baden bestand gemäss Hauszeitung darin, die Hindernisse zu beseitigen, «die sich ungünstig auf Arbeitsfreude und Arbeitsleistung auswirken». Die Reproduktion der Ware Arbeitskraft war der Industrie also ein ernsthaftes Anliegen, sie sollte, versteht sich, zu tiefem Lohn geschehen. Bei mangelhaftem Resultat war die Schuldzuweisung einfach: Die Ehefrau, auf keinen Fall der tiefe Lohn. Blumig sprach die Betriebsführung vom Betrieb als Familie (oder im Falle der MFO sogar als Bienenstock), und es war genau das: Eine Zwangsgemeinschaft, in welcher sich nicht alle gleich wohl fühlten, indessen strikt verlangt wurde, dass man sich wohl fühle. Wirkliche Massnahmen, damit man sich wohlfühlen könnte, wurden allerdings nicht in Betracht gezogen. Beispielsweise bediente die Kantine der BBC 1962 nur die Festangestellten, die Arbeitsmigrant_innen, gut 45% der Belegschaft, gehörten nicht dazu.

MRA: Moral Re-Arment

Was zum Teil des Buchs überführt, der die Ideologie des Managements seziert und überraschend viele Details offen legt, die die Antifa interessieren könnten. Denn die Theorien basierten auf korporatistischen Betriebsführungstheorien des Nationalsozialismus, wurden dann ab den 50er Jahren durch die Human Relations aus den USA ergänzt.

Diese Theorien können sehr einfach als frei erfunden und liberales Geschwätz demaskiert werden, als «Gutenacht-Geschichten, die sich die Patrons gegenseitig erzählen, mit quasi religiösem Charakter», so Fasel. Bei der MFO war das Kader Mitglied der Sekte «Moralischen Ausrüstung» (MRA), einer evangelikalischen Freikirche, die 1938 in der Arbeitgeber-Zeitung zum Besten gab: «Unter der Führung Gottes werden Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Einheit zusammengeschmiedet.» Die anderen Betriebe schickten das Kader an die jährlichen MRA-Konferenzen in Caux, zu welchen auch der SMUV eingeladen war. Die MRA gab Weiterbildungen, Kaderkurse und sie teilte der ETH mit, was zu vertreten sei, war also die wichtigste Instanz der Ideologiebildung. Allerdings nennt man ihre Produkte völlig zu Unrecht «Wissenschaft».

Mit Human Relations wurden Schritte unternommen, die Arbeitskräfte auf den richtigen Weg zum Glück bringen sollten, heisst: zu Fleiss und Selbstaufgabe, an erster Stelle für die Fabrik, an zweiter Stelle für die «Heimat». Es waren lauter ästhetische Massnahmen vorgesehen, die keine materiellen Konzessionen beinhalteten. Beispielsweise wurden die Chefs aufgefordert, freundlicher zu grüssen. Oder man befasste sich mit den «Schädigungen durch unkontrolliertes Laufenlassen des Radios». Das mag harmlos tönen, es schuf aber die Atmosphäre, die die Fabrik und das Leben in der Arbeiter_innensiedlung prägte. Abweichung war schnell ausgemacht und die war lohnrelevant. Alle drei Fabriken hatten undurchsichtige Lohnsysteme, welche das erwünschte Verhalten belohnten und das unerwünschte abstrafte.

Die Möglichkeiten des Widerstandes waren indessen sehr begrenzt. Er drückte sich zum Beispiel im Vorschlagkasten aus, dem Briefkasten, den die Betriebsleitungen aufstellten, um sich das Wissen der Arbeiter_innen anzueignen. Die Arbeitskräfte sollten hier gegen eine Prämie Vorschläge zur Rationalisierung der Arbeit einwerfen. Solches entsprach nicht dem Interesse der Arbeiter_innen und wurde alternativ genutzt. Vorzugsweise als Aschenbecher. Die ernst gemeinten Vorschläge beinhalteten hingegen mehrheitlich indirekte Kritik, zahlreiche Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit oder der Arbeitsbedingungen. Diese wurden vom Management im Ordner abgelegt und umgehend verdrängt. Wie human die Relationen auch immer wurden: Die Arbeitskräfte wussten jederzeit, was erlaubt war und was nicht.

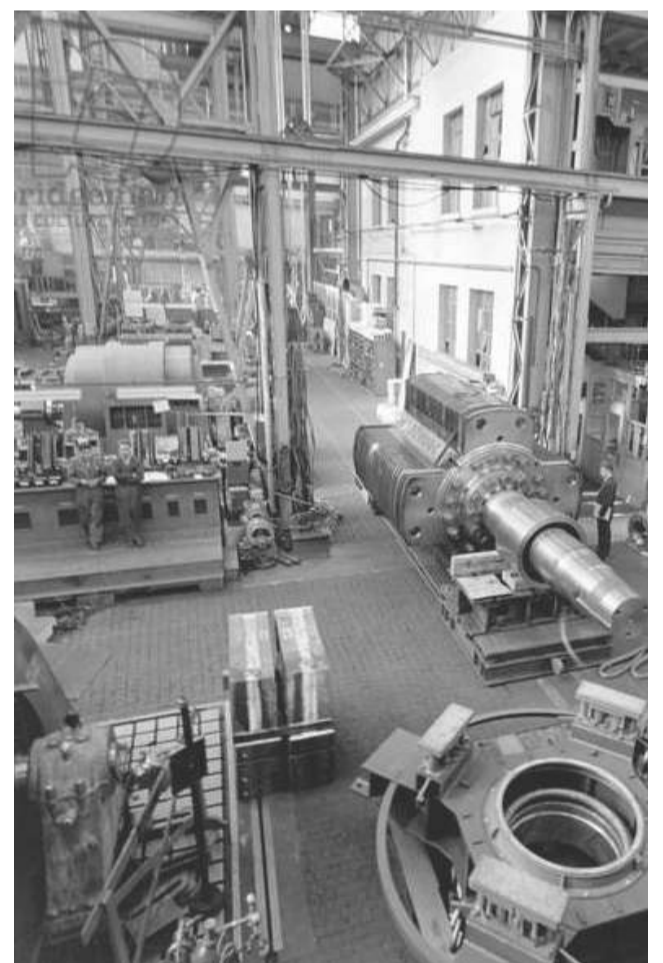
An Veranstaltungen am Freitag 23.02.24 in Zürich und am Mittwoch 28. Februar in Basel vertieft der Autor und es besteht die Möglichkeit zu Fragen und zu diskutieren. Denn der Arbeitsfrieden prägt die Schweiz bis heute, auch wenn die Patrons ihn inzwischen aufgekündigt haben.



Andreas Fasel
Fabrikgesellschaft
Rationalisierung, Sozialpolitik und Wohnungsbau in der Schweizer Maschinenindustrie 1937-1967

Oben: Buch von Andreas Fasel.

Unten: Blick in die Maschinenfabrik Oerlikon, 1960.



LoRa 97.5 MHz

**Sonntag
18 bis 20 Uhr
Immer am ersten
Sonntag des Monats**

**Wiederholungen
jeweils
donnerstags
10 bis 12 Uhr**



Christopher Wimmer: Land der Utopie? Alltag in Rojava

Am 19. Juli 2022 versammelten sich tausende Menschen in Qamislo, um das 10-jährige Jubiläum der Rojava-Revolution zu feiern. Nebst der Trikolore der syrisch-kurdischen Freiheitsbewegung fanden sich die Flaggen des Militärbündnisses SDF (Demokratische Kräfte Syriens), der kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG/YPJ oder das Portrait von Abdullah Öcalan, Gründer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) auf dem Platz. 10 Jahre, in denen diese und weitere Kräfte in den Regionen Nord- und Ostsyriens eine autonome Selbstverwaltung aufbauten, welche Basisdemokratie, Geschlechtergerechtigkeit, multiethnisches Miteinander und nachhaltige Ökologie garantieren soll. Zunächst wird die Leser_in in einer kurzen Darstellung über die neuere Geschichte der Region und die verschiedenen Kräfte, die mitwirken, in das Thema eingeführt. Danach kommen die unterschiedlichsten Menschen verschiedener Klassen, Ethnien und Religionen zu Wort, welche eindrücklich von den emanzipatorischen Fortschritten und den Schwierigkeiten, denen sie begegnen, berichten. Dazu gehören jene, welche die kommunalen Rätestrukturen aufbauen, damit die Bedürfnisse vor Ort abgedeckt sind, so gut das in einem Gebiet möglich ist, welches seine Autonomie jeden Tag mit kriegerischen Mitteln verteidigen muss und wo es an vielen wichtigen Gütern mangelt. Es kommen Frauen zu Wort, die in Co-Führungen der Strukturen oder in Frauenräten die Geschlechtergerechtigkeit vorantreiben und Frauenkooperativen aufbauen oder religiöse Minderheiten, wie die christlichen Suryoye, welche sich nach anfänglicher Skepsis nun am Aufbau der Selbstverwaltung beteiligen und viele mehr. Dabei werden auch die Hindernisse und Widersprüche benannt, mit denen man umgehen muss, wie dem Nebeneinander zwischen autonomen und staatlichen Strukturen, dem Widerspruch zwischen kommunalen Räten und übergeordneten zentralen Strukturen, dem Kampf gegen patriarchale Strukturen, dem Umgang mit der Eigentumsfrage oder jenen Kräften, die weiterhin dem Assad-Regime nahestehen oder ihre eigene Bereicherung ins Zentrum stellen. Wir berichten im aufbau regelmässig über die Bedeutung dieses politischen Projekts, das wichtige emanzipatorische und revolutionäre Elemente enthält. In diesem Buch kommen jene zu Wort, die den konkreten politischen Alltag in Rojava gestalten und unsere Solidarität verdienen.



Gianna Molinari: Hinter der Hecke die Welt

Gianna Molinari ist eine junge Autorin aus Zürich. «Hinter der Hecke die Welt» ist ihr zweites Buch, das veröffentlicht wurde. Im Roman gibt es zwei Erzählstränge, die ineinander verwoben sind. Ein Erzählstrang spielt in einem kleinen Dorf, umgeben von einer grossen Hecke. Der andere Erzählstrang spielt in der Arktis. Eine der Dorfbewohner_innen ist dort als Polarforscherin tätig. Bemerkenswert ist die literarische Auseinandersetzung der Autorin mit dem Klimawandel. Die Polarforscherin lässt uns durch ihre Augen an ihrer Arbeit teilhaben. Man sieht viel Eis, viel Weiss, man spürt die Weite und die Kälte. Dabei denkt Dora, die Protagonistin, viel über das Vergängliche, das für das das schmelzende Eis steht, nach. Die Geschichten sind gespickt mit interessanten geographischen Fakten. Das Highlight des Buches: Man erfährt zum Beispiel wie man im Eis ablesen kann, dass es die Pest gab. Schmilzt das Eis, verlieren wir somit auch Informationen. Im Prozess des Schreibens hat die Autorin die Arktis, im Rahmen einer Polarmission, selbst besucht, was die Geschichten auch sehr lebendig macht. Der Erzählstrang im Dorf, mit der grossen Hecke, ist schwerer einzuordnen und weniger gut fassbar. Die Hecke selbst gehört auch zu den Protagonist_innen, auch wenn sie selbst nicht direkt aktiv ist. Die Bewohner_innen des Dorfes vermuten bereits vermehrt eine Art Leben in der Hecke. Die Hecke, Dorf und deren Bewohner_innen können Symbol sein für vieles. Zum Beispiel für Grenzziehungen, Abschottung und vor allem für Wachstumskritik. Die Bedeutung ist aber nicht so offensichtlich wie die Vergänglichkeit des Eises und lässt mehr Interpretationsspielraum offen. Im Dorf spielen sich Szenen ab, die so auch in Städten passieren könnten. In einem kleinen Rahmen werden Themen behandelt, die im Zusammenleben zutage kommen. Es geht um Tourismus, Vandalismus und die Dorffinanzen und andere Themen. Es ist wohl sehr individuell, was den Lesenden ins Auge sticht. Gianna Molinari lädt auf jeden Fall ein, über so einiges nachzudenken und die Geschichten auch politisch zu lesen. Vereinzelt können wir wieder kleine Skizzen und Fotografien finden, wie schon in ihrem ersten Buch.



Ken Loach: The Old Oak

Ein unscheinbares Dorf im strukturschwachen Nordosten Englands beheimatet «Die alte Eiche» (The Old Oak), das namensgebende Pub in Ken Loachs neuestem und wahrscheinlich letzten Film. In dieser Szenerie treffen zwei auf den ersten Blick unterschiedliche Welten aufeinander. Zum einen lernen wir die einheimische Arbeiter_innenklasse kennen. Während die vorherige Generation die Kohleminen bestreikte, findet sich die Bevölkerung nach dem Niedergang der Bergwerkindeustrie in prekären Verhältnissen wieder. Was bleibt ist die gemütliche Runde im Pub, wo die Auswüchse der Immobilienspekulation und das Einquartieren syrischer Geflüchteter im Dorf diskutiert wird. Der Film eröffnet mit der Ankunft eben dieser vom Krieg vertriebenen Syrer_innen, unter ihnen die junge Yara mit ihrer Fotokamera. Durch deren Linse blicken wir auf die von Wut und Angst gezeichneten Gesichter der Einheimischen. Während Teile der Dorfleute aus ihren Ressentiments gegen die Neuankömmlinge keinen Hehl machen, entwickelt sich zwischen TJ Ballantyne, dem Wirt der alten Eiche, und Yara bald eine Freundschaft. Im Hinterzimmer von Ballantynes Pub stösst Yara auf eine Sammlung von Fotografien aus der Zeit der kämpfenden Bergarbeiter_innenbewegung. Die Aufnahme der Streikküche mit der Bildunterschrift «Wer zusammen isst, hält zusammen» ist für Yara wegweisend, gilt doch gleiches auch in ihrer Heimat. Loachs neuer Film ist nicht zuletzt ein herzliches, mitunter melodramatisches, Plädoyer für die Volksküche. Wie gewohnt legt der Regisseur seinen Figuren klare politische Positionen in den Mund. So stellt Ballantyne fest, dass es bei der Volksküche keineswegs um Wohlfahrt, sondern um Solidarität gehe. Schliesslich kommen Dörfler_innen und Geflüchtete an der Tafel im Hinterzimmer des Pubs zusammen, ganz im Geiste der gegenseitigen Hilfe und im Bewusstsein, dass ihre individuellen Nöte der gleichen Wurzel entspringen und diese Wurzel nur gemeinsam ausgerissen werden kann. So lässt Loach sein Oeuvre auf einer hoffnungsvollen, wenn nicht gar kämpferischen Note ausklingen.

COMICREPORTAGE

No sleep till Shingal

Vor einigen Jahren stand an dieser Stelle ein Artikel über die Reportage des römischen Comickünstlers Zerocalcare. Damals, es war 2014, reiste er nach Kobane und berichtete über den Kampf gegen Daesh sowie über den Aufbau der selbstbestimmten Autonomieregion Rojava. 2022 war er nun in Shingal und berichtet über die Eziden, die von der irakischen Autonomiebehörde, türkischen Drohnen und nach wie vor dem IS bedroht sind.

(az) «Kobane calling» ritt auf der Welle der grossen Sympathie und Anerkennung, die die kurdische Bewegung damals im Kampf gegen den Daesh gewonnen hatte. Die Comicroportage von Zerocalcare war ein viel grösserer Erfolg als von einem Comic in den kühnsten Träumen zu erwarten gewesen wäre, ein Ausnahmefolg sozusagen. Kein Wunder hat die kurdische Community jetzt darum gebeten, an diesen Erfolg anzuschliessen. Jetzt, da die Welt Kurdistan vergessen und verdrängt zu haben scheint, mit Erdogan den Dialog sucht, während die türkische Armee wütet. Und auch in Shingal im Irak stehen die Eziden (oder Jesiden), an denen die Gotteskrieger 2014 Völkermord verübten, unter Druck. Dahin will der kurdische Vertreter in Rom Zerocalcare schicken, er fasst es in einfache Worte: «Wenn niemand guckt, geschehen Massaker.» Also soll er hingucken und dokumentieren. Ausserdem soll Zerocalcare der Welt zeigen, dass das Modell des demokratischen Konföderalismus nicht nur von kurdischen Personen gelebt wird.

Der Reportage-Auftrag ist für Zerocalcare mehr Verantwortung als er ertragen kann und er schreibt, gleich wie im ersten Band, wunderbar, doch hart an der Grenze zum Zusammenbruch. Der Titel «No Sleep till Shingal» ist nicht nur eine Referenz an den Song der Beastie Boys, sondern wörtlich gemeint: Er findet keinen Schlaf! Das Leben im Nahen Osten ist nervenaufreibend, bedrohlich und immer wieder fremdbestimmt. Der neurotische Punker und Anarchist aus Rom, als den er sich selber darstellt, hält das nicht aus – und Hand aufs Herz: Es ist tatsächlich schwer vorstellbar, wie man das soll aushalten können. Unablässig im Visier bewaffneter Soldaten an Checkpoints, den Geheimdienst im Nacken und Zellen des IS, die nach wie vor die Gegend unsicher machen. Und auf der anderen Seite die Erzählungen jener Menschen, die so viel Schreckliches erlebt haben und so entschlossen und liebevoll um eine bessere Zukunft kämpfen. Es würde uns allen den Schlaf rauben.

Öffentlichkeitsarbeit für mehr Bewusstsein

Zerocalcare ist ein geeigneter Botschafter für die Sache der ezidischen und kurdischen Community, auch deshalb, weil er in der Zwischenzeit zum VIP geworden ist. Er trifft offensichtlich einen Nerv, sowohl mit dem was er publiziert als auch der Art und Weise, wie er das tut. So hat er eine eigene Netflix-Serie und unzählige Follower. Dennoch – oder deshalb, wer weiss das schon – ist er ein Aktivist aus dem Centro Sociale geblieben, der über seinen Alltag schreibt, verdient also mit dem Verwerten der alternativen, linken Szene sein Geld und seinen Ruhm.



Auf dem Rundgang mit dem jungen Herrn des Ordnungsdienstes Asayish. Er wird am Ende der Reportage nochmals vorkommen, weil er einen Selbstmordversuch begehen wird. Die zitternden Hände erhalten dadurch eine schockierend tiefe Bedeutung, eine traumatisierte Gesellschaft hat überwältigend viele Probleme gleichzeitig anzugehen.

Bei diesen Reportagen geschieht es aber sicher im Dienste des Guten und durchbricht die Mauer des Schweigens und Vergessens über Shingal und Rojava.

Zerocalcare trifft auch in diesem Comic den richtigen Tonfall für uns «Nicht-Kurd_innen», arbeitet sich an jedem Vorurteil ab, das wir wahrscheinlich im Hinterkopf haben und bietet sich selber als nützlicher Idiot an. An diesem wird vorgezeigt, dass am Ende der wahnsinnig kritische Punker aus dem Westen, der in seinem Rucksack eine Büste von Descartes (den er liebevoll den Philosophen des Zweifels nennt) mitträgt, eben doch in der gelebten Praxis sehr viel zu lernen hat. Und vor allem, dass die Leute vor Ort schon selbst gemerkt haben, wo Probleme liegen könnten und in vielen Fällen sogar schon eine praktische Herangehensweise gefunden haben. Zur Illustrierung ein Beispiel: Zerocalcare fragt im Büro der Beauftragten für Gesundheit, ob er die Fotogalerie von Märtyrer:innen

fotografieren dürfe. Wobei er sofort den Drang hat, sich zu erklären, einschleibt, er sei kein Fetischist, er brauche Bildmaterial für die Reportage. Die junge Ezidin ist entspannt und entzückt. Er dürfe sehr gerne fotografieren, für ihn und andere wie ihn seien die Bilder ja schliesslich aufgehängt worden, sie hätten selber keinen Bedarf dafür, ihnen sei das Ereignis ins Gedächtnis eingebrannt. In solchen und ähnlichen Situationen wandelt sich die Perspektive während der Erzählung, geht von Zerocalcares Annahme aus, die Ezid_innen hätten einen etwas eigenartigen Märtyrer_innen-Fetisch, einen unvertrauten und befremdlichen Totenkult und führt uns zur sehr harten Realität, dass an die Ereignisse erinnert werden muss, mit den Mitteln die zur Verfügung stehen. Es stellt sich die sehr konkrete Frage: Könnte es Zerocalcare besser? Könntest du es besser? Die Antwort liegt auf der Hand: wohl kaum! Wir haben keine Gewohnheit darin, das tun zu müssen, deshalb befremden uns die Ahngalerien von Gefallenen. Der Schalk von Zerocalcare hilft zu merken, wie herablassend das Nasenrumpfen darüber ist. Und die solide Zuversicht des Gegenübers ermöglicht es, dass der Comic ohne schlechte Gefühle einfach weitergeht.

Die Kunst der Inszenierung

Zerocalcare ist in diesem Comic die zentrale Figur, die auf beinahe jedem Panel vorkommt. Er inszeniert sich selber übermässig, um dadurch vermitteln zu können. So tritt er als ekliger Besserwisser auf, der dann aber ständig eines Besseren belehrt wird. Als panischer Tourist, der Angst ums eigene Leben hat, obwohl er wohl der einzige ist, der nicht bedroht ist. Und am Ende zeigt er sich dadurch als ultimativer Fan des politischen Projekts «demokratischer Konföderalismus» und der Menschen, die es leben. Indem er sich selber erniedrigt, erhebt er das Gegenüber in die Höhe. Die anderen erstrahlen neben ihm in vollem Glanz. Als selbstkritische Subjekte, die einen kollektiven Weg suchen, der steinig und schwierig ist, sich aber zu gehen lohnt. Als menschliche Wesen mit Traumata, aber mit der tiefen Überzeugung, dass das Leben nur lebenswert ist, wenn sie es selber in die Hand nehmen und dafür sorgen, dass nie mehr passiert, was passiert ist. Als die Hoffnung genau genommen: Dass aus dem Schrecklichen etwas Positives, Progressives entstehen kann, wenn wir dafür kämpfen.

Die Hoffnung dieses Comics ist hingegen nur, dass vermehrt hingeschaut wird, denn wie eingangs gesagt: «Wenn man nicht guckt, geschehen Massaker.» Deshalb solltest du «No sleep till Shingal» kaufen und verschenken. Dafür ist das Buch gemacht, damit jene, die das Konfliktgebiet aus den Augen verloren haben, wieder wachgerüttelt werden: Weder ist der Daesh besiegt noch schweigen die Waffen der türkischen Armee. Die Aufbau-Leser_innen wissen das natürlich. «No sleep till Shingal» will dafür sorgen, dass es wieder breiter ins Bewusstsein vorrückt.

IMPRESSUM Herausgeberinnen: Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich/Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org/Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org
Redaktion (red): Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafts), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj) **Redaktion und Vertrieb Schweiz:** aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU Basel: Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org Winterthur: Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org
 Zürich: Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

VERKAUFSTELLEN Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich/Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur/Buchhandlung im Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4/Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern/Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern/Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen/Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel/Paranoia City Buch & Wein, Ankerstrasse 12, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg/Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstrasse 125, 70190 Stuttgart/Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach/Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn/Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg/Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München/Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin/Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.